

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Dienstag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: halbes Monatslohn 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berghellstraße 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Wir der Arbeiterklasse entgegen
Der rote Stern

Einzelpreis: 15 Pf. für den von 1934 und Später; 1 Pf. im Viertel. Abonnenten: Kreisverband des Sozialistischen Kampfes, Halle, Commerce- und Privat-Bank Halle. Postfach 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berghellstraße 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 26. April 1932

12. Jahrgang Nr. 97

An alle deutschen Arbeiter

**An alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter!
An alle Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften!
An alle sozialdemokratischen Arbeiter!**

Proletarier, Klassenbrüder!

Ein neuer Lohnabbau steht dem deutschen Proletariat nach den Wahlen bevor. Sechs bis sieben Millionen Arbeiter stehen vor Tarifkündigungen. Millionen Erwerbslosen droht ein neuer Abbau ihrer Hungerunterstützung.

Glend, Hunger und Not der Millionen kommunistischer, sozialdemokratischer, christlicher und parteiloser Arbeiter, gewerkschaftlich organisierter und unorganisierter, ist unerträglich geworden.

Es gibt in Deutschland keine Partei und keine Gewerkschaft, die es wagen könnte, das furchtbare Maßstab von Not, Hunger und Glend zu leugnen.

Würde die deutsche Arbeiterklasse auch diesen jetzt bevorstehenden Vorstoß der Unternehmer und ihrer Regierung kampfslos hinnehmen, dann würden weitere brutale Angriffe des Unternehmers folgen, dann wird der schicksalhafte Terror der Bourgeoisie noch brutale Formen annehmen.

Wir können nicht mit dem deutschen Proletariat die Unternehmerrangerei, die arbeiterfeindliche Politik der Brüning-Hindenburg-Seydewitz-Regierungen, den Terror der schicksalhaften Verbände dulden?

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter haben die Arbeiter und Angestellten kämpfend gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau zum Kampf gerufen.

Wir haben ununterbrochen den Kampf gegen kapitalistische Rationalisierung und gegen die Notverordnungen geführt. Wir haben die Berliner Metallarbeiter, die Kumpels an der Ruhr, die See- und Hafenarbeiter an der Ostküste, die Bauarbeiter und die Landarbeiter zum Kampf gegen den Lohnabbau organisiert. Wir haben den schicksalhaften Kampf gegen das Streikverbot der Nazis in den Betrieben geführt und die wehrhafte Abwehr gegen den Naziterror organisiert. Es ist uns bis jetzt nicht gelungen, in diesen Kämpfen die Offensive der Unternehmer entscheidend zurückzuführen. Die Führer der ADGB- und christlichen Gewerkschaften haben sich jedesmal gegen die kämpfenden Arbeiter gewandt.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Ihr müßt und könnt euch erfolgreich gegen die Unternehmer wehren!

Unsere Klassenbrüder in Polen und Litauen, in Frankreich, Amerika und England, sogar in dem kleinen Bulgarien und Holland haben bewiesen, daß auch in der schicksalhaften Krise Kampfkämpfe

geführt werden können. In diesen Ländern ist es in einer ganzen Reihe von Fällen in der letzten Zeit den kämpfenden Arbeitern gelungen, ihre Forderungen durchzusetzen oder wenigstens die Vorhänge der Unternehmer zurückzuführen.

Jetzt haben die schicksalhaften Bergarbeiter nach heroischem Kampf

den Lohnabbau und die Massenentlassungen erfolgreich zurückgeschlagen.

Und was ist bei uns in Deutschland?

In allen Betrieben greift der Unternehmer die Löhne und Unterstützungen an, die Abordnungen werden herabgesetzt, der Lohn durch Kurzarbeit weiter vermindert, die Löhne der Frauen und Jugendlichen besonders tief gesenkt, die sozialen Zulagen abgebaut, der Urlaub vermindert, der Arbeiterurlaub abgebaut, das Arbeitspensum durch Rationalisierungsmaßnahmen vergrößert und immer neue Massenentlassungen durchgeführt. Mit dem Abbau der Löhne und Mantelentlastung droht ein neuer allseitiger Angriff in den Betrieben; mit der „Reform“ der Erwerbslosen- und Sozialversicherung wollen Staat und Unternehmer die Unterstützungen und Sozialleistungen wieder tiefer senken.

Diese Angriffe der Kapitalisten treffen gleichermaßen alle Arbeiter, ob in den freien, christlichen, roten Gewerkschaften oder in der ADGB erfasst, ob unorganisiert, ob sozialdemokratisch, christlich, kommunistisch oder politisch unorganisiert.

Diese gemeinsame Not gebietet den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter!

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter schlagen euch vor, gemeinsam mit uns den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau anzufangen. Schließt mit uns die gemeinsame Kampffront gegen die Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen die schicksalhaften Notverbände.

Die Führer der SPD und der ADGB-Gewerkschaften erklären vor den Wahlen, daß sie den neuen Lohn- und Unterstützungsabbau nicht zulassen werden.

Die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB waren es aber, die auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress im Jahre 1928 die kapitalistische Rationalisierung begrüßten und ihre Durchführung mit allen Mitteln unterstützten.

Die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB sind es, die im Reichstagswahlkampf für den Lohn-, Unterstützungs- und Sozialabbau

gegen die Arbeiter und Arbeitslosen gekämpft haben.

Die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB sind es, die gemeinsam mit den Brüning'schen Regierungsparteien durch den Preisabschwund der Arbeiterlöhne bei der wirtlichen Notverordnung bezogen haben.

Die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB sind es, die jetzt durch die Beschleife ihres „Arbeitsdienstes“ unter der betriebsfremden Parole der „Arbeitsbeschaffung“

die Gewerkschaften für die Groeneweg'sche Arbeitsdienstpflicht einseitig wollen, die besonders die jugendlichen Arbeiter in die militärische Zwangsarbeit des Arbeitsdienstes pressen soll.

Wir Kommunisten sagen euch:

Die Ankündigung der Führer der Sozialdemokratie und des ADGB über Kampfmaßnahmen gegen den neuen Lohn- und Unterstützungsabbau war nur ein Wahlmanöver. Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter wenden uns an euch sozialdemokratische Arbeiter und Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften: Ihr müßt in eurem eigenen Interesse diese Pläne durchkreuzen und die Organisation des Kampfes gegen neuen Lohn- und Unterstützungsabbau in die eigenen Hände nehmen.

Alle Hasenbewußten Betriebsräte und Funktionäre, alle christlichen Mitglieder der Ortsverwaltungen und Zellen des ADGB fordern wir auf, mit uns zusammen den gemeinsamen Kampf der Belegschaften gegen den Lohnabbau zu organisieren. Wir Kommunisten und Mitglieder der KPD und der roten Gewerkschaften wollen alle Kampfmaßnahmen ergreifen. Wir erklären:

Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen. Wir Kommunisten schlagen euch vor:

Sofort in jedem Betrieb und in jedem Geschäft, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massenversammlungen der Arbeiter einzuberufen, die drohende Lage zu überprüfen, die gemeinsamen Forderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenkampf und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterstützungsabbau vorzubereiten und durchzuführen.

Arbeiter Deutschlands! Es ist höchste Zeit!

Jetzt nach der Wahl wird der Klassenfeind verschärfen, uns alle zu überrollen.

Bereinigt euch mit uns und kämpft gegen die kapitalistischen Räuber und gegen die immer frecher auftretenden schicksalhaften Verbände. Wenn wir die Einheitsfront des Kampfes bilden, dann wird der Angriff auf die Löhne und Unterstützungen an der Kraft der deutschen Arbeiterklasse scheitern.

Berlin, den 25. April 1932.

**Kommunistische Partei Deutschlands
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
Deutschlands**

Roter Kampfzug in der Leuna-Hölle!

Kühner Vorstoß des roten Betriebsrats — Genosse Lieschke verabschiedet sich von der Leuna-Belegschaft vor seiner Abreise nach der Sowjetunion

(Eig. Meldung.) Leuna, 26. April 1932.

In der Kantine des Leuna-Werkes wurde am gestrigen Montag durch den roten Betriebsrat Paul Lieschke eine Belegschaftsversammlung durchgeführt, die ein begeisterter Kampfauftritt des Leuna-Proletariats war. Genosse Lieschke behandelte in einer kurzen aber impulsiven Rede die Frage des Kampfes gegen jeden Lohnabbau und die Kriegsproduktion der Leuna-Könige. Er verabschiedete sich darauf von der über 1000 Mann starken Versammlung als Delegierter der Leuna-Belegschaft nach der Sowjetunion.

Der rote Betriebsrat wurde nach seinem kühnen Auftreten, das begeisterten Widerhall bei den Proleten fand, fristlos entlassen und von Leuna-Spionen und vom Leuna-Pförtner abgeführt. Mit einem kräftigen dreifachen „Rot Front“ schloß er seine Rede. Die Leuna-Kollegen begleiteten ihn aus der Kantine hinaus.

Die Kampfzüge des roten Betriebsrates

Leuna-Kollegen!

Diese Belegschaftsversammlung machte sich unbedingt notwendig. Als roter Betriebsrat mußte ich

hierhermit und führe sie gleichzeitig durch. Ich rufe auf die Arbeitsordnung der Leuna-Könige, denn die Lohnkürzung ist eine zu deutliche Sprache!

Unser Lohnabbau nach dem anderen haben die Leuna-Könige durchgeführt. Wir müssen hungern, während die anderen, die Ausbeuter Hindenburg schlafen. Die Leuna-Könige

sind unerträglich. Neuer Lohnabbau droht. Der Tarif fällt ab.

Ich fordere als roter Betriebsrat die Kollegen auf, zum Streik zu rufen und den Lohnabbau mit Streik zu beantworten. Wählt überall Kampfausschüsse! Demonstriert am 1. Mai! Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten!

Mit Lohnabbau und Kriegsproduktion wollen sich die Ausbeuter weiter an der Macht halten! Das Leuna-Werk steht an der Kriegsfestung! Leuna produziert Kriegsmaterial! Der Krieg ist bereits im Fernen Osten im Gange. Die Imperialisten bereiten mit allen Mitteln den Krieg gegen die Sowjetunion, das Vaterland der Arbeiterklasse, vor!

Von meiner Abreise bin ich als Delegierter nach der Sowjetunion in Vorlage gebracht worden



Gegen imperialistischen Krieg am 1. Mai!

Paris, 25. April.

Mitglieder der illegalen kommunistischen Partei rufen zum Massenstreik am 1. Mai gegen den Faschismus in der Maschinerie zur Verteidigung der Sowjetunion auf. Die Polizei hat wiederum 100 Mitglieder der roten Gewerkschaften verhaftet.

Soldaten mit in der Front

Paris, 25. April.

Aus einer Reihe von Kolonnen kommen Aufmärsche von Soldaten für einen Massenstreik am 1. Mai gegen den imperialistischen Krieg.

Abreise der Arbeiterdelegation nach Moskau

(Fig. Bericht) Berlin, 25. April.

Beim Bund der Freunde der Sowjetunion wurden mehr Delegierte gemeldet als für die Delegation vorgesehen sind, die zum 1. Mai nach der Sowjetunion fährt. Besonders erfreulich ist es,

daß die Großbetriebe bei der Entsendung von Delegierten in vorerster Front marschieren. Es wurden Delegierte gemeldet bei Digi, Daimler, Benz, Rheinmetall-Düsseldorf, von den Gewerkschaften Berlin, den Hafenarbeitern von Hamburg, Bremen, Rüdow, von den Eisenbahnen in Königsberg und zahlreichen anderen Gewerkschaften, in der UEG-Fabrik bei Seidel & Rautmann Dresden in einer Reihe großer Betrieben des Ruhrgebietes und noch vielen anderen Betrieben.

Die Delegierten werden den Arbeitern in den Betrieben der Sowjetunion Begrüßungsreden vorlesen.

Das notwendige Fahrgeld usw. haben die Arbeiter unter großen Opfern trotz der Notlage in den Betrieben gesammelt.

Die große Bewegung für die Abreise der Delegation nach der Sowjetunion hat erneut gezeigt, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht von den Feiern und Kriegstreibern gegen die Sowjetunion einfließen lassen will.

Dänische Hafenarbeiter delegierten zum internationalen Kongress der Wasser-Transportarbeiter und beschloßen den Transport von Waffen und Munition aller Art auf das nächste Abgehen.

den. Am 1. Mai, am Weltkampftag des Proletariats, welche ich in den Reihen des sozialistischen Kampfes. Die Leuna-Kollegen haben mit ihrem Ufausdruck die Freiheit. Ich habe trotzdem mich nicht für diesen Schritt fügen, weil er die internationale Solidarität der Leuna-Belegschaft mit unseren russischen Klassenbrüdern bedroht.

In diesem Sinne verabschiede ich mich von euch mit einem dreifachen 'Rot Front!'

„Wir würden's nicht länger...“

Die „rotten“ Leuna-Arbeiter sammeln sich am 1. Mai gegen die Leuna-Kollegen. Die Leuna-Kollegen distanzieren sich von dem roten Betriebesrat und unterstützen die Leuna-Kollegen. Die Leuna-Kollegen sind über die von dem roten Betriebesrat entworfenen Pläne und immer mehr wird der Wille, keinen Vognabba mehr zu dulden, und auf die neue Lohnabstufung der Leuna-Gewerkschaften mit Freit zu antworten, erkennlich.

Gleich nach Beginn der Rede des roten Betriebesrates verließen einige Leuna-Wörter den roten Betriebesrat vom Tisch herunter zu holen. Der Betriebesrat antwortete den Redner: „Macht das ihr neigekommt und für meine Ausfühungen nicht.“

Di Wörter mußten deshalb verschwinden, um im Schweißgalep Verhinderung zu holen. Während dieser Zeit konnte der Betriebesrat die wichtigsten Fragen aufrollen.

Beim Leuna-Staatsanwalt

Nicht Wirtner und mehrere Verpolstigten jerten den roten Betriebesrat mit aller Gewalt von dem Tische herunter. Es entstand ein mächtiges Gedränge in der Kantine. Die Leuna-Kollegen brachten ihre Sympathie mit dem roten Betriebesrat und ihre völligen Willigen über seine Haltung durch Zustimmungserklärung und Befestigungsbekunde zum Ausdruck. Nach der Kantineverammlung wurde der rote Betriebesrat sofort zur Verleistung eskortiert.

Der Leuna-Staatsanwalt Mathy hielt dem Betriebesrat die Frage: „Können Sie das verantworten, was Sie getan haben?“

Die Gegenfrage des roten Betriebesrates lautete: „Können Sie Ihren ewigen Lohnabba verantworten?“

Darauf der Leuna-Staatsanwalt: „Sie haben gegen die Arbeitsordnung verstoßen!“

Die Antwort des roten Betriebesrates lautete: „Sie haben das längst alle Tage getan.“

Jede weitere Anpreisung möchte sich jedoch für den Herrn Mathy überflüssig. Der rote Betriebesrat bekam sofort die Papiere mit dem Entlassungsbekunde: „Wegen beharrlichen Verstoß gegen die Arbeitsordnung.“

Die Werkklakaien zur Stelle

Bei der Verleistung hatte sich auch der sozialistische Betriebesrat Arbeiter eingeschrieben, der dem roten Betriebesrat Befehle noch einmal ausdrücklich keine Befehlsbefugnisse besessen wollte. Der Herr Mathy hat dem sozialistischen sofort darauf die Qualifikation durch die Erklärung erteilt:

„Ich werde über deine Vertreter der Arbeiter in der Sowjetunion den Bericht erstatten und wenn ich juristischse, werde ich mich auch als gemäßigter roter Betriebesrat mit allen Kräften für die Mobilisierung der Leuna-Belegschaft einsetzen, das merke dir.“

Nach der Nazi-Betriebesrat Klingling, der durch den Arbeiterverrat des sozialistischen Arbeiter mit den Leuna-Betriebesratsmitgliedern einigte, hatte sich bei der Leuna-Verleistung eingeschrieben. Nach er wurde dem. Mit der Mobilisierung eines roten Betriebesrats beizuholen. Klingling hatte sich einen Leuna-Spiegel mitgebracht, mit dem er auch in der Kantine meißelte.

Kampfgrüße bedeuten Kampf mobilisierung

Wenn diese Zeilen in Druck gehen, tritt der rote Betriebesrat auf den Kampf mit der roten Partei. Die Mobilisierung der deutschen Betriebesrat nach der Sowjetunion an. Er wird drüben den russischen Arbeitern und den deutschen Sozialisten, insbesondere den ehemaligen Leuna-Meistern, die drüben am Werke des sozialistischen Aufbaues ihre Kräfte einsetzen, die Kampfgrüße des Leuna-Proletariats überbringen, die in der Zeit mein, mehr sein werden als ein bloßes Lippenbekenntnis.

Das Leuna-Proletariat wird am 1. Mai in den vorerster Reihen der revolutionären Demonstranten marschieren! Die Leuna-Kollegen werden die rote Einheitsfront schmieden im Kampf gegen Lohnabba und Kriegspublizität! Wiederholt haben die roten Betriebesrat in der Kampfrage aufgeführt und legen alles auf die Leuna-Kollegen über die Kampfrage. Das Ziel ist die rote Partei zu den roten Betriebesrat und zu revolutionären Führung wird weiter eskalieren. Es darf den National- und Sozialisten nicht mehr gelingen, den Kampfwillen der Chemiarbeiter abzustreifen. Jeder Leuna-Kollege muß erkennen:

Kampfgrüße an die Sowjetunion bedeuten Kampf mobilisierung im Leuna-Werk!

Wie Hitler in Ostpreußen Spiebruten lief

Antifaschisten empfangen ihn mit Steinwürfen — 50 Nazi-Dugusautos beschädigt — Severing-Polizei schützt ihn vor der Arbeiterschaft

Auf seiner Waghalsigkeit kam Adolf Hitler dieser Tage auch nach Ostpreußen. Ein Allensteiner Arbeiterkorrespondent gibt in unserem ostpreussischen Brudersboten „Echo des Ostens“ am 22. April unter der Überschrift „Das Treffen der Dugusautos und die „Stahlgewalt““ einen lebendigen Bericht über den Empfang Hitlers durch die antifaschistische Bevölkerung in Allenstein.

In diesem Bericht heißt es:

„Allenstein, die schwärze, reaktionäre Hauptstadt Ostpreußens, hatte ihren „großen Tag“. Hitler hat möglicherweise, am 22. April unter der Überschrift „Das Treffen der Dugusautos und die „Stahlgewalt““ einen lebendigen Bericht über den Empfang Hitlers durch die antifaschistische Bevölkerung in Allenstein.

In diesem Bericht heißt es: „Allenstein, die schwärze, reaktionäre Hauptstadt Ostpreußens, hatte ihren „großen Tag“. Hitler hat möglicherweise, am 22. April unter der Überschrift „Das Treffen der Dugusautos und die „Stahlgewalt““ einen lebendigen Bericht über den Empfang Hitlers durch die antifaschistische Bevölkerung in Allenstein.

„Das Staatsschiff sitzt led auf dem Riff“

Ein wertvolles Eingeständnis der sozialdemokratischen Bankrottspolitik — Die bürgerliche Presse zum Landtagswahlergebnis in Preußen

Halle, 26. April.

Die vorliegenden Presseartikel in den bürgerlichen Zeitungen über das Wahlergebnis in Preußen sind in einer Frage einig. Die Preußenwahlen haben zum ersten Mal den Bankrott des bürgerlichen Parlamentarismus offenbar gemacht.

Die sozialistische Presse hat sich sofort verständlich in erster Linie gegen die Kommunisten aus. Wir registrieren der Originalität halber nur, daß das SPD-Büro in Halle aus der schweren Niederlage der SPD sogar so etwas wie einen sozialdemokratischen Sieg macht, indem es nach der Art eines gestohlenen Zugspielers ausrechnet, daß

„Die Sozialdemokratie in Preußen ebenfalls nur 6 Mandate verloren habe, da man doch die erhöhte Stimmenzahl für die Wahl eines Abgeordneten berücksichtigt muß.“

Im gleichen Atemzuge füllt das Bültchen von einer „Niederlage“ der Kommunisten, obwohl nach derselben Wahlzählung die SPD in Preußen von 36 auf 41 Mandate zugenommen hat, an 80 Mandate im Preussischen Landtag haben mühen, gegen vorher 48.

Ganz aus dem Häuschen ist aber Eugen Bergholz in seinem Bültchen in Halle getreten. Die schwere erneute Niederlage der SPD in Preußen, „unten“ hochgezogen, der weitere Vormarsch der KPD im Feigert Unterbezirk veranlaßt Bergholz, ganz im Gegenteil zum üblichen „Vollstund“, die SPD-Niederlage ernstlich einzugestehen. Er schreibt in seinem Bültchen:

„Die Demokratie hat eine Schmach erlitten, der deutsche Arbeiter hat über seine demokratische Freiheit gelacht. Man kann die Situation in der sich die deutsche Republik nach

dem Wandelwahlen befindet, mit einer schweren Schiffschavale verglichen, das Staatsschiff sitzt led auf dem Riff.“

Der kleine Genosse Eugen Bergholz hat erkannt. Er wagt sich bloß hinzuzufügen, daß die Kapitulation des Landes geworden Staatschiffes, die es auf das Riff gelassen haben, Braun und Severing heißen und die SPD noch während dieses Wahlschlages sich mit dem Steuer des Staatschiffes durch die Kapitulation nicht genug vor den Wasser rühmen konnte. Ein neues Gleichgewicht der bürgerlichen Bankrotts der sozialdemokratischen Koalitionsregierung in Preußen.

Auch das Zentralkomitee der SPD, der „Vorwärts“, ist absolut nicht zufriedener. Er tröstet sich mit dem Berliner Ergebnis und schreibt:

„Die bürgerliche Sammlung gegen das Proletariat ist unter Hitler's Führung so gut wie vollzogen... Das Berliner Ergebnis ist das weitaus günstigste im Lande. Hätte das ganze Land wie Berlin gemöhnt, so hätten wir Grund, mit dem Ergebnis zufrieden zu sein.“

Wichtig ist weiter die Feststellung, daß die SPD sich mit der bürgerlichen Koalitionsregierung zwischen dem Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen bereits abgefunden beginnt, aber im gleichen Bültchen noch den Versuch macht, durch eine ganz große Koalition mit an der Zukunft zu bleiben. Der „Vollstund“ schreibt nämlich:

„Und doch besteht — wenn nicht alles dem schicksaligen Chaos weichen will — eine geringe Möglichkeit, die Regierung Severing mit einigen Veränderungen zu erhalten.“

Auch der „Vollstund“ schreibt darauf an, indem er der entscheidenden bürgerlichen Partei, dem Zentrum, mahndend zuruft:

„Die Sozialdemokratie hat einen Schlag erlitten, wie sie ihn in ihrer ganzen Geschichte noch nicht erlitten hat. Für das Zentrum ergibt sich nunmehr eine entscheidende Situation. Es kann die Bildung einer Regierung der NSDAP plus bürgerliche Parteien verhindern, oder es ist sich wohl auch im klaren darüber, daß die Opposition gegen den schwarz-roten Block heute so stark ist, daß sie in der Lage ist, alle Maßnahmen der Parteien dieses Blockes ebenfalls zu verhindern.“

Ein großer Teil der bürgerlichen Zeitungen mibergleht den Schwandel der SPD, daß die kommunistischen Wähler zu Hitler gelaufen wären. Wie hellen aber überstreimend den völligen Zusammenbruch der Regierung des Hitler'schen Mitte, als die Hindenburg-Partei, jetzt und gegen dem Reichstag die Hindenburg-Wähler zu Hitler, hat in hellen Scharen erloschte, zu. So schreibt das Jugenbergblatt „Mosaik“:

„Als maßgebende Parteien kommen nur noch die Nationalsozialisten, die Nationalsozialisten, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten in Betracht.“

Und der schon mehrfach zitierte sozialdemokratische „Vollstund“ bestätigt ungenutzt unsere Feststellung, daß die KPD-Politik dem Hitler'schismus den Weg gebnet hat. Bergholz schreibt nämlich:

„Der demokratische Staat aber beachtet seine Möglichkeit gegen die Halbkonzernmischlinge in seinem Gebilde, seine Möglichkeit gegenüber der Erziehung der jungen Generation mit einer drohenden Staatskrise.“

Warm in Mansfeld!

(Fig. Bericht.) Eisenberg, 26. April.

Heute beginnen neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der Mansfeld-AG, den Gewerkschaften, die selbstverständlich von den Belegschaften kein Mandat zur Führung dieser Verhandlungen besitzen. Die Mansfeld-Aktionäre wollen die Kündigung des Mantellartizes zu weiteren Lohnabba und zu weiteren Verschlechterungen der gesamten Arbeitsbedingungen benutzen. Außerdem soll die Frage des Krümpersystems endgültig geregelt werden.

Die kommunistische Partei und die KPD rufen die Mansfeld-Belegschaften auf sofort überall Belegschaftsverammlungen zu verlangen und die Gewerkschaftsführer aufzuführen. Rede und Antwort zu geben über die hinter den Kulissen geführten Verhandlungen. Das Krümpersystem wird ein solches Ausschau nach neuer Arbeit und neuen Elend über Hunger-Mansfeld bringen, daß sich das Mansfelder Proletariat mit allen Kräften gegen dieses Hungerjoch sowie auch gegen den neuen Lohnabba wehren muß. Auf jedem Schritt, in allen Betrieben sofort vorbereitende Kampfaktionen auf der Basis der Einheitsfront gemäht. Am 1. Mai in Hunger-Mansfeld überall Kampfabmärsche gegen Lohnabba und Kriegskritikungen!

Die kommunistische Partei und die KPD rufen die Mansfeld-Belegschaften auf sofort überall Belegschaftsverammlungen zu verlangen und die Gewerkschaftsführer aufzuführen. Rede und Antwort zu geben über die hinter den Kulissen geführten Verhandlungen. Das Krümpersystem wird ein solches Ausschau nach neuer Arbeit und neuen Elend über Hunger-Mansfeld bringen, daß sich das Mansfelder Proletariat mit allen Kräften gegen dieses Hungerjoch sowie auch gegen den neuen Lohnabba wehren muß. Auf jedem Schritt, in allen Betrieben sofort vorbereitende Kampfaktionen auf der Basis der Einheitsfront gemäht. Am 1. Mai in Hunger-Mansfeld überall Kampfabmärsche gegen Lohnabba und Kriegskritikungen!

Die kommunistische Partei und die KPD rufen die Mansfeld-Belegschaften auf sofort überall Belegschaftsverammlungen zu verlangen und die Gewerkschaftsführer aufzuführen. Rede und Antwort zu geben über die hinter den Kulissen geführten Verhandlungen. Das Krümpersystem wird ein solches Ausschau nach neuer Arbeit und neuen Elend über Hunger-Mansfeld bringen, daß sich das Mansfelder Proletariat mit allen Kräften gegen dieses Hungerjoch sowie auch gegen den neuen Lohnabba wehren muß. Auf jedem Schritt, in allen Betrieben sofort vorbereitende Kampfaktionen auf der Basis der Einheitsfront gemäht. Am 1. Mai in Hunger-Mansfeld überall Kampfabmärsche gegen Lohnabba und Kriegskritikungen!

Neuer Kapitalistenstandal?

Seit Tagen schon künden die Anzeie des Kurzbuch-Kapitalisten viele Millionen betragen. Der Geschäftsstandal werden „unregelmäßigkeiten“ notgemindert. Der „Münchener Arbeiter“ deutet verheißungsvolle Bürgerdemonstrationen, „als leidenschaftliche Geschäftsgebaren“ des Generaldirektors und des Aufsichtsratsvorsitzenden, eines Mitgliedes der Commerz- und Privatbank. Ein neues Geschwür an dem sterbenden Körper des verfallenden Kapitalismus ist im Begriff, aufzuplochen. Kein Ereignis! Sondern ein Symptom für den Verfall des Kapitalismus.

Gewendewitz-Jugend läuft zur roten Front

In Berlin sind drei führende Funktionäre der Gewendewitz-Jugend zum kommunistischen Jugendverband übergetreten. Es handelt sich um folgende Genossen: Paul Gindler, Volkstäter der Gruppe Silbott (vorher fünf Jahre KPD), Ernst Schäfer, Orgleiter der Gruppe Silbott (vorher ebenfalls fünf Jahre KPD), Erwin Schmidt, Volkstäter der Gruppe Silbott (vorher vier Jahre KPD). Die Genossen fordern in einer Erklärung ihre disziplinierten Jugendgenossen der Gewendewitz-Jugend auf, sich von der konträrrevolutionären Front der KPD loszusagen.

Die Eisenburger Regierung hat nach dem Siege des Volksentscheides im Reichstag die Landtage nach der erfolgten Auflösung am 28. April festgesetzt.

Drohungen! Provokationen!

Meldungen eines Tages über Kriegsvorbereitungen
Wien, 21. April. Ein Vertreter des japanischen Außenministeriums, der sich im japanischen Generalkonsulat in Charbin aufhält, ließ folgende Kriegserklärung gegen die Sowjetunion erteilen:

„Die Regierung der Sowjetunion hat erklärt, daß sie keinerlei Absicht habe, Japan zu überfallen, zugleich wurde jedesmal darauf hingewiesen, daß die USSR mit der Absicht nicht übereinstimmt, Japan hat keinerlei Absicht auf die USSR, einen Heberfeld zu eröffnen. Jedoch kann es zu einem Zusammenstoß zwischen Sowjetunion und den Truppen des mandchurischen Staates, ähnlich dem Zusammenstoß vom Jahre 1929 kommen. Das kann leicht zu einem Zusammenstoß zwischen Japan und der Sowjetunion führen.“

Japanische Eisenbahner streiken

Tokio, 23. April. Der vor einigen Tagen ausgebrochene Streik der Eisenbahner der großen privaten Eisenbahngesellschaft „Tohoku“ in Tokio ist beendet. Die Streikbedingungen wurden angenommen. Der Streik brach aus, weil die Gesellschaft die ihr am 18. April überbotenen 38 Forderungen der Arbeiter ablehnte. Die Streikenden verlangten Erhöhung des Lohnes nach Maßgabe der Löhne der besten Arbeiter, bessere Arbeitsbedingungen usw.

Die Arbeiter der „Tohoku“-Gesellschaft sind infolge des Verbots der Administration nicht gewerkschaftlich organisiert. Der Streik verlief jedoch außerordentlich geordnet unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsvereinigungen. Der Streik auf der Strecke war vollkommen friedlich.

Die Regierung stellt sich in Hinblick auf die Kriegslage äußerst besorgt über die zunehmende Streikwelle in den Verkehrsbetrieben.

Wilkiński: Oberbefehlshaber der polnisch-rumänischen Interventionsarmee

Konow, 25. April. Aus glaubwürdigen Warschauer Quellen wird die Möglichkeit der Mittelung der „United Press“ bestätigt, daß Wilkiński während seines Auftrages in Rumänien mit König Carol ein Supplementabkommen zum polnisch-rumänischen Militärvertrags-Vertrag abgeschlossen hat und daß auf Grund dieses Vertrages Wilkiński im Falle eines Krieges zum Hauptmann an der Spitze der polnisch-rumänischen Armee ernannt wird.

Der rein militärische Charakter der Reise Wilkiński nach Rumänien wird trotz der Angaben polnischer bürgerlichen Blätter ausgespart. So meidet z. B. die Zeitung „Kurier Warszawski“ vom 18. April, daß Marshal Wilkiński in Rumänien Verhandlungen führt „mit Staaten militärischen Charakters, die mit dem russischen Polen und Rumänien bestehenden Militärvertrags zusammenhängen.“

Gegen den jenseitigen Militärvertragsvertrag ist, gegen den die Truppen marschieren sollen, die Wilkiński befehligt ist für niemanden ein Geheimnis.

Kriegsverfechtung in Oesterreich

In seinem neuesten lobens erlöschenden Wirtschaftsbericht stellt das österreichische Institut für Konjunkturforschung fest, daß die Produktion weiter gesunken ist, während die Preise gestiegen sind. Der Außenhandel ist noch mehr zusammengeschumpft. Die Exporte haben sich bedeutend vermehrt. Ueber die Entwicklung in der nächsten Zeit sagt das Institut: „In Anbetracht aller dieser Elemente ist eine Besserung der Wirtschaftslage für die nächste Zukunft kaum zu erwarten. Selbst dieses kapitalistische Institut kann es also nicht mehr wagen, Illusionen über eine Besserung zu verbreiten.“

Es sollen neue Einfuhrverordnungen erlassen werden. Das Bundesland Steiermark ist nicht in der Lage, die am 1. Mai fälligen Gehälter und Pensionen auszugeben.

Frauenkinderkrieg

von Emma P. Dorndorfer

13. Fortsetzung. Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

Nach drei Wochen verstand der Herr Oberleutnant wieder aus Lothi, Frau Brauchte er sich nicht mehr über das böse Mädchen in der Ortskommandantur zu ärgern, die noch nicht einmal „Herr Oberleutnant“ lagen konnte. Jetzt konnte er sein Vergnügen wieder bei den „Kätzchen“ haben.

Bald darauf wurde auch Luise verlegt, nach dem nächsten Ort Witz, ungefähr tausend Einwohner zählte das Dörfchen. Es hatte den Krieg bereits 1915 hart zu fühlen bekommen. Ein Teil der Häuser war zerstört und niedergebrennt. Hier war ein Lebensmitteldepot, eine Telegraphenzentrale und ein Soldatenheim. Luise wurde wieder in ein Privatquartier gebracht, in ein sehr anständiges Zimmer zu ebener Erde. Die Parterrezimmer der Häuser waren größtenteils von Deutschen belegt, während die Eigentümer der Häuser beziehungsweise deren Angehörige in den Dachkammern haufen mußten. In dem großen luftigen Zimmer fand ein französisches Bett, das nach deutschen Verhältnissen außerordentlich breit war. Es war mit frischem Stroh überzogen. Sie schloß sich hier ganz wohl. Das Abendessen fand sie den Eltern oder den Freunden an der Front. Von Paul hatte sie noch keine Nachricht, sicher hat er nach Witz geschoben, dachte Luise, und die Bande hat mit dem Brief nicht nachgeschickt.

Wo liegt er nun?
Schon angeordnet hatte sie sich mit den Kindern im Hause. Sie verstanden die deutsche Sprache durch die jahrelange Bekanntschaft ganz gut. Die Kleinen kamen fast jeden Abend zu ihr. Müdigkeit und Fragen hatten sie zu viel! — Seit langem gab es keine Schalen mehr. Manchmal, wenn zufällig in einem nahegelegenen Orte eine Schule von den Deutschen geräumt wurde, konnten die Kinder ein paar Stunden Unterricht bekommen. Weißt war es aber ein langer Weg, den sie zurücklegen mußten. Die Einheimischen führten

Wahlstief in Oesterreich

Sozialdemokratie verliert in den Industriegebieten an die Kommunisten — Zum erstenmal in den größten Wiener Arbeiterbezirken zwei Mandate gewonnen

Wien, 25. April. Gestern fanden bei einer Wahlbeteiligung bis zu 90 Prozent in Wien, Niederösterreich und Salzburg sowie in Steiermark und Kärnten Gemeindevorwahlen statt. Die Wahlen brachten einen starken Vormarsch der Kommunisten. Die Sozialdemokraten verloren besonders stark in den Industriegebieten. Die Nationalsozialisten gaben die Wählermassen der bisherigen bürgerlichen Mitte an sich.

In Wien erzielten: Kommunisten 20 839 (10 601), Sozialdemokraten 682 322 (713 814), Christlichsozialisten 233 622 (282 879), Nationalsozialisten 203 365 (27 540), Großdeutsche 8 807 (124 375).

Die Kommunisten erhalten zum erstenmal in den wichtigsten proletarischen Bezirken Wiens, in Favoriten und in Dornbach, je ein Mandat. In Niederösterreich verteilten sich die Stimmen wie folgt: Kommunisten 8 480 (4 121), Sozialdemokraten 272 274 (591 572), Christlichsozialisten 362 738 (361 122), Nationalsozialisten 110 774 (34 335).

In Salzburg erzielten: Kommunisten 3 127 (758), Sozialdemokraten 20 810 (36 900), Christlichsozialisten 41 013 (51 138), Nationalsozialisten 24 125 (4 587), Heimwehren 5 330 (7 058).

In den Bundesländern Steiermark und Kärnten, von wo die Endergebnisse noch nicht vorliegen, eroberten die Kommunisten bisher 33 Mandate gegen 2 in den aufgelösten Landtagen.

In den Industriegebieten wurden die Stimmenverluste der Sozialdemokraten fast teljes von den Kommunisten gewonnen. Zehntausende enttäuschter sozialdemokratischer Wähler sind zu österreichischen Nationalsozialisten übergegangen, die auch alle Stimmenverluste der bürgerlichen Mitte aufzulegen haben.

Die Kommunisten führten den Wahlkampf mit großen Massenaktionen. Sie hatten ihre Agitation besonders in die Großbetriebe verlegt. Am Sonnabend mittag flatterten vom Sternplatz aus viele tausende Flugblätter herab, die im Stadtmitteln niederfielen. Am Montag wurde ein sozialdemokratisches Rathaus eine Standarte entrollt mit der Aufschrift: Jede Stimme den Kommunisten. Ein Flugzeug, das Rundflüge vollführte, warf 50 000 Flugblätter über Wien ab.

Unser junge kommunistische Kräftepartei hat im Kampf gegen die besonders gefährliche österreichische Spielart des Sozialfaschismus einen großen Erfolg errungen. In zwei Dritteln des Landes erhielt sie über 40 000 Stimmen gegen 20 000 bei den letzten Gemeindevorwahlen in ganz Oesterreich. 20 000 sozialdemokratische Arbeiter verließen die Fahnen des Arbeiterrates und marschierten den Weg Lenins. Gleichzeitig mit der zunehmenden Falschierung wuchsen die Kräfte der Revolution, wobei die kommunistischen Erfolge in den Industriegebieten von entscheidender Bedeutung sind. Die Wiener „Rote Fahne“ begrüßt das Wahlergebnis mit einem Appell zur Bildung der ersten antifaschistischen Einheitsfront.

Bei uns Aufbau — im Kapitalismus Krise

Tätigkeitsbericht des Genossen Schwerdt auf dem IX. Kongreß der Sowjetgewerkschaften

Moskau, 24. April. In seinem Bericht auf dem IX. Kongreß der Gewerkschaften der Sowjetunion führte Genosse Schwerdt über die Tätigkeit des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion seit dem VIII. Gewerkschaftskongreß aus:

Unter der Führung der kommunistischen Partei hat das Proletariat der Sowjetunion im Kampfe für den Sozialismus die größten Errungenschaften erzielt. Die Arbeiterklasse hat die gewöhnliche Entwicklung der Produktivkräfte der sozialistischen Wirtschaft gefördert. Hunderte von Fabrikneubauten wurden errichtet, neue Produktionsanlagen geschaffen, neue Industriezweige erstmalig angebahnt, die die Sowjetunion von der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland freimachen.

Besonders beachtenswert für die ersten drei Jahre des Fünfjahresplanes ist unter anderem in der Welt das bemerkenswerte Entwicklungstempo: Das Tempo des Aufbaus, das Tempo des Wachstums der Arbeiterklasse, das Tempo des Wachstums der Gewerkschaftsmasse, das Tempo der Steigerung des Kulturniveaus der breitesten Massen. Nur im Lande der proletarischen Diktatur ist eine solche Entwicklung, ist ein solches Tempo möglich.

Genosse Schwerdt stellt der Lage in der Sowjetunion die Vorgänge in den kapitalistischen Ländern gegenüber. Die Periode, die seit dem VIII. Gewerkschaftskongreß verstrichen ist, war eine Periode größter wirtschaftlicher Krisen und eine Periode des Weltmarktes zwischen zwei Systemen: dem sozialistischen und dem kapitalistischen. Das Ergebnis dieses Weltmarktes ist: Wir wickeln den Fünfjahresplan in drei Jahren, die Krise des kapitalistischen Systems entwirrt und vertieft sich immer weiter.

Die vergangenen drei Jahre waren Jahre des Kampfes für die Bekämpfung der Weltwirtschaftlichen Krise von den Gewerkschaften. Die Lehren Lenins und Stalins von der Rolle der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats hat sich auch an den Erfahrungen des Kampfes des Proletariats in der Periode der Umgestaltung voll und ganz bestätigt.

Genosse Schwerdt legt Schritt für Schritt alle Etappen dieses Kampfes dar. Dieser Kampf begann mit der radikalen Umgestaltung der Reihen der Gewerkschaften, der Methoden und des Inhalts der Arbeit der Massenorganisationen der Arbeiterklasse. Das erforderte vor allem die Ablehnung der alten opportunistischen Leitung des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion. Genosse Schwerdt entwirft eine erhellende Charakteristik dieser Leitung, an deren Spitze Tomski stand und weist die Unvereinbarkeit der Hauptthesen und der Arbeitsmethoden dieser Leitung mit der Entfaltung des bolschewistischen Vorstoßes auf der ganzen Front nach.

Ferner geht Genosse Schwerdt ein auf die konkrete Frage des sozialistischen Wettbewerbes und der Selbstregulierungsbewegung, auf die Schärfe und Überhaupt auf die Aufgaben der Gewerkschaften im Bereiche der Verbesserung der materiellen Lage und der Lebenshaltung der Arbeiterklasse (Bekämpfung mit Mitteln des täglichen Bedarfs, Wohnungsbau, Sozialversicherung, Gesundheitschutz, Bekämpfung der Arbeiterin von der Hauswirtschaftsarbeit) sowie auf die organisatorischen Fragen der Gewerkschaftsarbeit und führt zum Schluß aus:

Die größte Aufgabe der Gewerkschaften ist der Kampf für die erfolgreiche Beseitigung der Krise, des vierten Jahres des Fünfjahresplanes und der Einleitung zum Eintritte in den zweiten Fünfjahresplan.

Unter der Leitung des ZR und des Führers der Partei, Genossen Stalin, werden wir liegen, schließt Genosse Schwerdt unter klärendem Befehl aller Anwesenden.

Budapester Hafenarbeiter im Streit

Budapest, 25. April. Der Streit der Budapester Hafenarbeiter, der bereits vor dem großen Generalkongrès eingeleitet hatte, ist über die Zeit des Generalkongresses hinaus weitergeführt worden und dauert auch jetzt noch an.

ein trauriges Dasein und waren oft der Verzweiflung nahe. Jungen und Mädchen mußten sich der deutschen Ortskommandantur zur Feldarbeit zur Verfügung stellen. Frühmorgens hieß es dann für die kleinen Gefangenen — gerade so wurden sie behandelt, — „Aufstehen, der einem Tisch aufstellen und den Namen nennen.“ Deutsche Wirtsinnen und Wirtinnen machten sich auch hier breit. Dann ging's hinaus aufs Feld in Begleitung zweier Soldaten. Ob da die Sonne brannte oder ob es regnete, das war ganz gleich. Die Halbwüchsigen mußten auf den Feldern schuften. Da wurde gequäl, Unkraut gejätet, gehackt und gepflügt und die Ernte hereingebracht. — Arbeitsdienstpflicht!

Auch die Frauen mußten während der Ernte mitarbeiten. Am Spätabend kamen sie heim, das Gesicht von der Sonne verbrannt, die Haare und die Kopfhilfen nach dem Schweiß. In Kolonnen zogen sie vor die Kommandantur, ein Feldwebel ließ ihnen Namen auf und dann durften sie wieder abtreten. — Bis zum anderen Morgen. Jeden Tag dasselbe. Eine ganz geringe Entlohnung wurde dafür gezahlt.

Nicht nur die Menschen, sondern auch die Häuser und die Mühseligkeit jedes einzelnen Dorfbewohners waren in der Kommandantur genau registriert. Eier und Butter mußten jeden Tag entsprechend der vorgeschriebenen Ration abgeliefert werden. Kräftige trübten an das deutsche Heer? Selbstverständlich. Das Land mußte doch seine „Gäste“ ernähren.

Luise hatte die Aufgabe, diese Lebensmittel entgegenzunehmen und darüber Buch und Kontrolle zu führen. Über Luise hatte ein weiches Herz. Luise ließ in den abgemieteten Frauen und in deren Kindern nicht ihre Feinde. Die Kommandantur hatte in ihr den Hof zum Gärtner gemacht. Und das war gut zu Luises Freundlichkeit mit den Kindern und die daraus gewonnene Kenntnis von den Verhältnissen der einzelnen Familien war der Grund dafür, daß sich oftmals zwei Eier oder ein halbes Pfund Butter im Korbe der Überbringer wiederfanden. Die kleinen Kinder flüsternten: „Merci Mademoiselle, je vous remercie de tous mon coeur.“

Luise lächelte. Wenn es herausgefunden wäre, hätte es einen großen Skandal gegeben. Aber taufen Schimpfparade hätte sie entgegen genommen für die Worte der Kinder. Für die bescheidenen Blicke aus Kinderzugen. Auch unter den Frauen hatte es sich bald herumgesprochen, wer die Wirtsin war. So wurde Mademoiselle Luise der Stiefel des Dorfes. Abends holten sie die Kinder vom Büro ab. Sie warteten, bis sie gegessen hatte und gingen dann mit ihr ins Quartier. Nach der

großen Wiese hinter dem Dorfe oder in den nahen Wald. Dort pflückten sie Blumen, wandten einen Kranz den sie der Mademoiselle aufsetzten und spielten und lachten zusammen. Mademoiselle mußte auflachen, „la fleur“ und die Kinder lernten „die Blume“ sagen.
„Doch nicht lange dauerte dieses Spiel. Um neun Uhr mußte jeder Kranz auf dem Hause sein. Keiner durfte mehr auf der Straße herumlaufen. Auch Luise ging dann in ihr Zimmer und schlief.“

Ein Offizier, ein großer schmächtiger Kerl mit einer schwarzen Kniege unter der Nase, einem Monatel und einem Korsett, diktierte Luise Befehle und Befehlsnachrichten. Irrsinniges Zeug hatte sie da zu schreiben neben ihren Lebensmittellisten und Lohnlisten für die Unterarbeiter.

So war ein Tag wie der andere. Manchmal wurden bringende Befehlsnachrichten die die Einsatztruppenteile angingen, und mit der Lage an der Front zusammenhängen, telegrafisch aufgenommen und an die nächsten Instanzen weiter geschickt. Oft krummen des Kräfte der Pfleger über dem Hause. Ob deutsche oder französische Wüste niemand und manchmal hörte man ganz von fern das Dröhnen und Rumoren der Artillerie. Es grüßte kumpf wie ein herausziehendes Gewitter. Wie ein schwarzer Alpdruck lastete es auf den Gemütern der Menschen, die es Ende herbeisetzten, so wie die Erde unter wochenlangem Hitze nach Regen schmachtet. . .

Am Ende des Dorfes befand sich das Soldatenheim. Man war gerade dabei, die Fassade grün zu streichen und das ganze etwas frisch und freundlich zu machen. Die Arbeiter des Dorfes, die ganz alten Männer und die Jungen, deren Beschäftigung es bereits vor dem Kriege war, neben ihrer Landarbeit Körbe und Glühbirnen zu flechten, stellten für das Soldatenheim schöne Korndelk her und bestellten die unteren Teile der Wände mit Aufhängeschildern. Das sah sehr nett aus.

Am Soldatenheim, das etwas größer war als jenes in Bots, war immer Betrieb. Esat wurde gelappert, Sändig und Dampfe gespielt, diskutiert und von der Heimat gesprochen.
Der immer wiederkehrende Refrain eines jeden Gespräches war die Frage: „Wann wird der Krieg zu Ende gehen?“ „No, was glaubst du, wie der Salamalai aufhören?“ fragte ein alter bärtiger Landsturmann Luise.
„Na, wenn Ihr Schluß machen werdet!“ antwortete sie.

„Vielleicht hört's auch so auf, weil wir die Front nicht halten können und weil keine Munition und nichts mehr zu essen da ist.“
Fortsetzung folgt.



Ein Beispiel für die deutsche Arbeiterschaft

Der Streit auf der Zeche „Karoline“

So muß der Kampf gegen Lohnabbau geführt werden — Unter Führung der RGO gilt es alle Belegschaften zum Streit gegen jeden Pfennig Lohnraub zu mobilisieren

Von Erich Birkenhauer (Essen)

In der dritten Woche bereits die Belegschaft der Kohlenzeche „Karoline“ bei Hülsmünde, in der Nähe von Dortmund. Circa 250 Kampfs, sind 85 Prozent der Belegschaft, haben seit 14 Tagen unter revolutionärer Führung die Broden hinterlassen. Dieser Kampf ist von besonderer Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft.

Zur dem Stabierler Becker begann im Frühjahr 1930 der erste Lohnabbauvorstoß. Durch die ungenügende Beantragung der RGO in diesem Betrieb und durch die notwendige Zustimmung der Gewerkschaftsbürokraten wurde in diesem streikenden Schichtverhältnis erstmalig der Streik getätigt. Die Aktion war der Stein, der die erste große Lohnabbauwelle in Deutschland ins Rollen brachte.

Ein zweiter prinzipieller Fall sollte durch die Schaffung eines zweiten Exemplars auf der Hütte Ruhrort-Wedderich geschaffen werden. Bislang-Direktion, Oberbürgermeister Jarres, der Klemm und die Konzernleitung verhielten sich bei der Erhebung der Forderung des Betries „Freiwillig“ sozialistischer Lohnsetzung um 20 Prozent zu erpressen und schon in diesem Falle den großen Einbruch in das Darlehen zu vollziehen. Durch die einschneidende Intervention und Kampfmobilisation der Sozialistischen Belegschaft durch die RGO und durch die nachfolgende Mobilisierung der Arbeiter wurde die DMB-Bürokratie zu radikalen Manövern gezwungen; sie hat, als lehne sie die sozialistische Lohnsetzung ab, um in der Praxis aber doch eine Zerpfaltungsmaßnahme unter der Belegschaft zu treffen. Ammerin aber wurde durch die führende Belegschaft der Schicht eine neue Front „Stahlwerk-Berker“ vorbereitet. Der Plan, systematisch durch das Beispiel von Ruhrort die neue Front des Lohnabbau über Deutschland zu entwickeln, wurde vereitelt, und es mußte vom Streikfeld eine andere Taktik zur Durchführung des Lohnabbau bestritten werden.

Der Streit der Kampfs auf „Karoline“ im Ruhrgebiet ist darum von so prinzipieller Bedeutung, weil hier erstmals die Unternehmer eine neue Form der Lohnsenkung vorzuziehen (drei Schichten ohne Beschäftigung) und zweitens vor allem, weil in diesem prinzipiellen Streit die Kampf, trotz des völligen Fehlens einer RGO- oder Schichtgruppe des CVDD, den reformistischen-diffusen Bürokraten unterstellt. In den drei genannten einschneidenden Fällen hat er erstmals die Schichtgruppe „Karoline“ auf die einzig revolutionäre Art, nämlich mit dem Streit, geantwortet.

Auch den Kohlenarbeitern von „Karoline“ drohte die Zerschlagung mit der Stilllegung der Schichtanlage, wenn sich die Belegschaft nicht mit einem 25- bis 30prozentigen Lohnabbau einverstanden erklärte. Diesel ist zu bemerken, daß die Schichtgruppe „Karoline“ zum CVDD, den „Reinigung“ elektrifizierten Belegschaft, gehört. Die Zeche ist ein sozialistischer kommunaler Betrieb; im Auftrage des VEB sind führende Sozialdemokraten. Es ist zugleich eine Zeche der sozialdemokratischen „Reinigung“ und „Eiserne Front“ maßgeblich beeinflusste Kommune Dortmund einen bedeutenden Anteil hat. Die „Eiserne-Front“-Bürokratie drittete also den Lohnabbau.

Wannalange irromantisierte die Zulassung- und die Sanktion-Bonden, die Kampfs sollen die Rechte für den Lohnabbau einfordern. Als man den Widerstand der Bergarbeiter bemerkte, erkannte die Zeche die Notwendigkeit einen neuen Eid und schlug der Bürokratie des CVDD und des örtlichen Gewerkschaftsvereins eine „Regelung“ vor, nach der die Kampfs drei Schichten im Monat ohne Bezahlung verfahren sollten. Auch dieser Vorschlag bedeutet eine Lohnsenkung um 25 Prozent.

Wieder zeigte der ganze bürokratische Machtapparat ein, um mit radikalen Mitteln die Belegschaft zu verwirren. Es gelang denn auch den Zulassung-Kreisläufen, mehr als die Hälfte der Belegschaft zum Unterlassen der Lohnabbau zu bewegen. Da zeigte die jüde W endung ein: RGO und CVDD greifen zu, eine Lohnsenkung der Belegschaftsmittelglieder in der Kolonie setzt ein, und nach den Ausführungen eines CVDD-Vertreters besetzt die Belegschaft am 31. März, als am Tage vor Beginn der Lohnsetzung, den Streit.

In der dritten Woche führen die Holzglieder Bergarbeiter heute bereits ihren heldenmütigen Kampf. Auf wiederholte Beschäftigten wurde den Streikenden bereits die aktive Solidarität verprochen; hofenarbeiter beschließen die Aufnahme von Kindern der streikenden Kampfs. In allen Schichten und über das Ruhrgebiet hinweg wird der Streit auf „Karoline“ wegen seiner großen Bedeutung aufs eifrigste diskutiert.

Zweifellos bedroht durch den offensiven Angriff der „Karoline“-Bergarbeiter, haben sich verschiedene Parteien auf einzelnen Schichtanlagen (z. B. Neumühl, Zeilen 2/3, Cröcher usw.) betriebliche Kampfs um die Verbesserung der Gehalts geführt und sich zum Teil (z. B. in Kröcher 15 auf Zeche Neumühl) eine Lohnsenkung von 20 Pfennig erkämpft. Wie beim Streit auf „Karoline“ die gesparten Schichttrierbeispiele als Streikverbot. Mehr als die Hälfte der Belegschaft von „Karoline“ ist gewerkschaftlich organisiert und hat in der letzten Streikverformung die verärrlichen Belegschaft aus dem Sozialismus geworfen.

Nur ein kleiner Zuzug der DMB-Sommerfächeln marschiert auf „Karoline“ wie auf „Siegreich“ als Streikführer, Seite an Seite mit den wenigen Nazi-Streitkräften, unter dem Schutz der Sozialistischen Partei in den Betrieb. Der Streit selbst wird als Ganzes in großer Einmütigkeit von den öffentlichen, sozialdemokratischen und vertriebenen sowie neuverordneten Bergarbeitern durchgeführt. Ein praktisches Beispiel der kämpfenden roten Einheitsfront.

Das Dortmund CVDD-Organ schmeigt seit Wochen über die müdige Streikbewegung, Herr Hufe mann und auch Herr Im-

busch fabrizieren Ausschüsse gegen die streikenden DMB-Funktionäre und täglich propagiert die Handvoll freibewerblicher Betriebsräte die Wiederaufnahme der Arbeit bei Wahrung des Drei-Schichten-Lohnabbaus. Die DMB-Führung schiebt bei Ausbruch des Streiks, „daß auch beim besten Willen soziale Härten nicht reflexlos vermieden werden könnten“. Das war ein Appell an die Kohlenkönige und die sozialistische Kommunalbürokratie, mit allen Mitteln die Zwangsprozentige Lohnsetzung zu erzwingen. Worin liegt also die große besondere Bedeutung des „Falles „Karoline“?

1. Die Ermöglichung und Durchführung einer neuen Methode des Lohnabbaus in Form einer unbefehligen Leistung von drei Arbeitsschichten im Monat mislingt, trotz des Einlasses der Streikbrüchigen „Sommerfächeln“.

2. Trotz schmächter RGO-Positionen antwortet die Belegschaft mit dem in diesem Falle einzig wirksamen Mittel, mit dem Streit. Die Arbeitsüberlegung ist zugleich ein Gradmesser für die gesteigerte Radikalität und den Kampfwillen der Belegschaft, er zeigt zugleich die Notwendigkeit der Schaffung aktiver RGO-Gruppen und Betriebsgruppen roter Verbände in jedem Betrieb.

3. Die RGO und die roten Verbände werden von weiten Schichten der Industriearbeiterklasse als die einzigen Kämpfer und Führer gegen den Lohnabbau erkannt.

4. Der „Karoline“-Streit vertritt die sozialistische Zeche, wonach in der Krise kein Streit geführt werden könne.

5. Der Streit einer einzigen Schichtanlage signalisiert die große Bedeutung einer betrieblichen Einzelaktion. Der Kampf

selbst ist ein anfechtbares Beispiel für die Möglichkeit und Notwendigkeit des offensiven betrieblichen Antritts. Er magnt alle Belegschaften, gegen betriebliche Maßnahmen, einzelne betriebliche Lohnabbauaktionen und gegen Hauptbestimmungen mit der Waffe des geschlossenen Widerstands und des Streiks zu antworten.

6. Das betriebliche Kampfprogramm der „Karoline“-Kampfs, das die Ermöglichung des alten Lohnes, der Siebenlöhnenpflicht bei vollen Lohnausgleich, die Herabsetzung der Direktorengehälter, den Erfolg der Wertschöpfungsaktionen usw. fordert, wendet sich auch mit aller politischen Schärfe gegen die Streikführerpreis der „Eiserne Front“. Die letzte Belegschaftsversammlung hat sich weiterhin für die Wahl kommunistischer Kandidaten ausgesprochen.

In ganz Deutschland muß der beispielgebende Kampf der „Karoline“-Kampfs ein revolutionäres Echo finden. Die helle Solidarität ist, durch Aufnahme des eigenen Kampfs für die betrieblichen Leitforderungen durch intensive innerbetriebliche Streikvorbereitungen anlässlich der bevorstehenden großen Tarifkämpfe, die Kampfsverbundenheit mit den streikenden Bergarbeitern zu demonstrieren.

Ein nachdrücklicher Durchbruch ist auf „Karoline“ vollzogen. Überall gilt es durchzuführen und den betrieblichen Kampf zu verbinden — wie es die „Karoline“-Kampfs tun, mit dem Kampf für Freiheit und Brot.

für ein freies sozialistisches Deutschland!

Der Pächter zeigt den Weg: Streik!

Landproleten, nehmt den Kampf um eure Forderungen auf!

M.-K. Am 1. Dezember 1932 läuft die Pachtfrist für das Werberburger Stadgut Werber ab. Der jetzige Pächter Dr. Wendenburg will sich zur Neupachtung nur dann entschließen, wenn die Stadt Werber auf eigene Kosten das Herrenhaus auf Gut Werber mit Zentralheizung ausbaut (1), d. h. auf Kosten der Werberburger Steuerzahler (2).

Herr Dr. Wendenburg will, was er das Gut nicht pachtet, durchaus in seiner Wohnung auf dem Gute eine Zentralheizung haben. Ihm geht es nicht mehr, seine Dafen mit Kohle heizen zu lassen, er will durchaus eine Dampfheizung.

Wie leben aber die Landarbeitervohnungen auf Gut Werber aus? Die Frauen einer Wohnung verdienen die Köcher, in denen die Landarbeiter wohnen müssen, ganz bestimmt nicht. So etwas trauriges von Unterführern für Menschen gibt es lokal nicht wieder.

Fenster und Türöffnungen sind morsch und verfault und aus diesen Gründen können sie nicht schließen.

Au den Wänden läuft das Wasser in Bächen herab. Die Möbel, wenn die Landarbeiter noch so etwas haben, verkaufen (1).

Im diesem Lebensstand abzugeben, wurden wiederholt bei der Stadt Anträge gestellt, die Wände gegen die Feuchtigkeit haften zu lassen. Es ist bis heute noch nichts geschehen. Die Dafen in den Arbeiterwohnungen sind alle defekt und reparaturbedürftig. Sobald Feuer angezündet wird, sind die Räume voller Rauch. Ein Aufenthalt in diesen Räumen ist dem unmöglich. Da wird aber nichts geändert. Der Herr Doktor aber will Zentralheizung und die Stadt wird es wohl auch bewilligen. . . .

Am Falle einer Ablehnung der Wünsche des Herrn Wendenburg durch die Stadt Werber will der Herr Doktor streifen und das Gut nicht wieder pachten. Er überlegt in diesen Fällen auf ein anderes Pachtgut in der Gegend, Eigentum des Herrn Grafen v. Hohenthal. Der Herr Graf weiß, was sich gehört und hat verprochen, die Wohnräume, die Herr Wendenburg dann beziehen soll, mit allem neuzeitlichen Komfort auszustatten — auf Kosten der Landproleten!

Landarbeiter, was sagt ihr dazu? Der Junker versucht mit Gewalt seinen Willen durchzusetzen. Landarbeiter auf Gut Werber, leht euch doch euerem Unternehmer, eure Forderungen durchzusetzen. Der Pächter zeigt euch den einzig gangbaren Weg — den Streik!

Große „Werbeaktionen“ des DVB ...

Der Honze Saupe läßt sich Erfolge vor und der rote Verband marschiert

M.-K. Zwei Zahlstellen im Kreise Merseburg wenden sich von der RGO ab. So meldet der Gauobze Saupe im „Landarbeiter“.

Mit solchen Märchen versucht Saupe unter seinen Mitgliedern für ein Weiterleben beim DVB Stimmung zu machen. Die Leitung des CVDD, Kreisgruppe Merseburg, stellt ausdrücklich fest, daß der Artikel im „Landarbeiter“ vom ersten bis zum letzten Wort erlogen ist. Seit Bestehen der CVDD-Kreisgruppe Merseburg ist nicht ein einziger Genosse aus unserer Kreisgruppe zum DVB übergetreten!

Im Gegenteil, ganze Zahlstellen des DVB kommen zum roten Einheitsverband und erklären, daß sie keine Zahl mehr haben, sich vom DVB länger ausrechnen und verzichten zu lassen. Jeden Tag kommen einige DVB-Mitglieder, die ihren Lebensmittelpunkt aus dem DVB zum CVDD vollziehen, und der Tag ist nicht mehr fern, daß der letzte DVB-Sollege den Weg zur roten Kampffront finden wird. Da werden alle Lügenberichte des Saupe nichts nützen!

Das Anmelden des roten Einheitsverbandes muß allen DVB-Bonden mächtig in die Glieder gefahren sein, wenn sie es versuchen, mit solchen gemeinen Lügen den Einheitsverband zu schädigen. Die Landarbeitervorgänger, die im CVDD organisiert sind, wissen ganz genau, was sie von den Nachridern halten sollen, die Saupe in die Welt verstreut. Ihn Saupe doch allen Landarbeitern der Kreisgruppe Merseburg und darüber hinaus genug lassen, die Landarbeitervorgänger wissen es ganz genau, daß es bei DVB-Bonden nur um die Weissträge geht, die sie von den Landarbeitern holen, um ein geruchames Leben führen zu können.

Alle Berichte des reformistischen DVB werden von den Landarbeitern als das erkannt, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich Manöver, um die Landarbeiter im Interesse der Landjunkere vor eigenlischen Kampf abzulenken.

Die Antwort der Landproleten auf die Spaltungsverfuche dieser Bonzen ist folgende: Fester Zusammenfassung in der Kampffront des roten Einheitsverbandes unter Führung der Kommunistischen Partei.

Landarbeiterkollegen, bildet sofort auf allen Gütern Kampfschüsse. Besucht die vom Einheitsverband der Land- und Forst-arbeiter einberufenen Versammlungen und nehmt Stellung zu dem bevorstehenden großen Lohnabbau.

Kampfruf aus der Gummibude Elbe

„Wenn man sich alles überlegt ...“

Dann muß man in der roten Einheitsfront mitkämpfen!

M.-K. Wenn man 734 Stunden täglich in der Gummibude geklopft hat, ist man einfach fertig. Es sind ermüdliche Zustände in unserer Bude. Alle Kollegen klagen in den Ableitungen, in der Rummelstube, in der Schulabteilung, in der Stoffabteilung, überall ist es das Gleiche: die Arbeit ist außerordentlich groß und der Lohn geradezu ein Bettellohn.

Die Arbeiter strengen sich mächtig an, aus uns noch mehr herauszupressen, damit der Mann, für den wir arbeiten, der Hauptaktionär Gumbel, in der Schweiz herrlich und in Frieden leben kann.

Nachlässig fällt auch für den Direktor Wjoug etwas ab. Dieser Mann weiß schon, warum er allabendlich ausmüdet und die Zähne herandrückt. Sein Tochterchen, das mit einem Schupo-Überlebensmittel verheiratet ist, hat ein schönes Auto bekommen!

Und wir? Wir gehen oft mit 8 März die Woche nach Hause, wenn wir Feterhächten haben.

Wenn man sich das alles überlegt, muß man zu der Leherzeugung kommen, daß man nicht abheißt leben darf, sondern daß man in der roten Front mitzukämpfen hat. Den Herren Arbeitgebern müssen wir die Zähne zeigen, genau so wie dem Betriebsführer Knebel.

Man ist schon satt, wenn diese Leute kommen. Vorkarbeiter Kraus läuft mit Salamanderschneidern durch den Betrieb und treibt zur Arbeit an; der Jungbo-Borarbeiter Wolf differtiert ein höheres Arbeitspensum. Wir verteidigen uns gegen ihn, und der Betriebsführer guckt von weitem, ob er nicht durch Lohnabbau und erhöhte Leistungen noch mehr im Betriebe „loppert“ kann.

Wir haben als Arbeiterinnen erkannt, wo wir hingehören. Gegen die Kapitalisten und die Proletenunterdrücker kann nur der Kampf helfen. Mit verkärter Kraft ist an die Schaffung von Kampfschüssen in allen Abteilungen heranzugehen, um schon am 1. Mai in der roten Einheitsfront für höhere Löhne und gegen weitere Ausbeutung zu kämpfen.

Beschießt in den Betrieben

geschlossene Teilnahme der Belegschaft bzw. Abteilung an den

Kampfdemonstrationen der Arbeiterschaft!

Heraus zu wichtigen Aufmärschen gegen Lohnabbau, Faschismus und imperialistischen Krieg!

Schreit sofort Kampfkomitees!

Rund um den Erdball

Ein Schiff treibt auf dem Meer

„Verbrecher“ — Die Heimatlosen — Das Verbrechen der argentinischen Regierung

Seit bald drei Monaten treibt ein Schiff auf dem Meer herum. Die Sensationsblätter haben es mit dem Namen „Gespensschiff“ getauft. Von Zeit zu Zeit füllen Nachrichten, unkontrollierbar woher sie kommen, die Spalten der Presse. Vor einigen Tagen hieß es, das Schiff laufe in Hamburger Hafen ein. Um einen Tag später tauchte die Nachricht auf, das Schiff sei plötzlich verschwunden und bald hieß es wieder, es befinde sich im Hafen von Barcelona.

Vor Monaten, als das Schiff zum erstenmal in den europäischen Gewässern aufschwam, wurde von der argentinischen Gesandtschaft die Nachricht verbreitet, das Schiff führe Mädchenhändler, Räuber und Mörder mit sich. Argentinien sei eben ein anfängliches Land, das nur Menschen, die auf der Höhe der Sittlichkeit stehen, beherberge und weise alle verdorbenen Elemente aus dem Lande.

Diese Nachricht mußte jeden überraschen. Ist es doch allgemein bekannt, daß Argentinien ein Dorado der Mädchenhändler bildet, man weiß auch, daß die Mädchenhändler in Argentinien sich über Verfolgungen seitens der argentinischen Behörden nicht zu beklagen haben. Und nun macht plötzlich Argentinien seinen Fisch und weist die Mädchenhändler und Verbrecher aus dem Lande aus. Was ist denn plötzlich geschehen?

Eines Tages erreichte ein Brief von diesem Schiffe die rote Hilfe. Aus diesem Brief erfuhr man das, was man schon längst vermutet hatte, daß sich hier keine Verbrecher, keine Räuber und Mädchenhändler, sondern aktive Mitglieder der revolutionären Arbeiterbewegung befinden. Die argentinische Regierung verwarf ihre Verbrechen und verlangte, daß sie diese aktiven Elemente der Arbeiterbewegung zu Mädchenhändlern kenne.

Sittige Ausländer — das ist ein Begriff, den die internationale Polizei geschaffen hat. Wer ist ein lästiger Ausländer? Keineswegs die Hochstapler, Börsenjobber und Schieber. Die werden von keiner Polizei bestraft. Der Begriff lästiger Ausländer wurde für revolutionäre Arbeiter geschaffen. Und besonders in Amerika, sowohl im Norden als auch in den Südstaaten, bedeutet man sich dieses Begriffes, um gegen revolutionäre Arbeiter vorzugehen. Das Gros der Bevölkerung Amerikas besteht aus „Ausländern“. Ist ein Arbeiter in der revolutionären Bewegung tätig, dann vernachlässigt man ihm die Einbürgerung und bei der ersten besten Gelegenheit wird er als lästiger Ausländer aus dem Lande abgeschoben.

In diesen Ländern werden aber nicht nur solche Arbeiter, die noch nicht das Heimatrecht erlangt haben, abgeschoben, sondern auch solche, die sich schon jahrzehntlang im Lande befinden, die Staatsbürgerschaft längst besitzen, werden als lästige Ausländer behandelt. Man entzieht ihnen einfach die Bürgerrechte und deportiert sie aus dem Lande.

Von solchen Menschen sehen sich die Passagiere dieses „Verbrecherschiffes“ „Caza“ zusammen. Der Willkür eines Kapitäns ausgeliefert, sind sie in den unteren Kabinen eines Schiffes aufeinandergepöckelt, werden sie von Hafen zu Hafen herumgeführt, und kein Mensch kann heute sagen, was aus ihnen werden wird. Es ist ein Verbrechen sondergleichen, das hier verübt wird. Viele von diesen Menschen sind politische Emigranten aus Italien, aus Polen, und aus allen anderen Ländern des weißen Kontinents. 34 sollen in Genua abgelegt worden sein, obwohl ihnen seitens des italienischen Faschismus der Tod droht. Mehr den Häuptern vieler anderer schwebt das Schicksal des Pilschubis.

Von einem Grabstein erschlagen

Wien, 25. April. Auf dem alten Friedhof auf dem Kaisersberg in Rathau wurde der neunjährige Schüler Dolanitz beim Spiel mit anderen Kindern von einem großen umstürzenden Grabstein getötet. Der Kopf des Verunglückten wurde buchstäblich in die Erde gedrückt.

Verstümmelt

Fünf Tote — sieben Verletzte

Einer Drahtmeldung aus Kenigs zufolge wurden in der Nähe von Charleston in West-Virginia (USA) beim Bau eines Dammes mehrere Arbeiter verstümmelt. Bis her wurden fünf Tote und sieben Verletzte geborgen.

Ertrunken

In der Nähe der kleinen Badestelle ist gestern der Chauffeur Fritz Lehmann mit seinem Töchterchen auf der Havel bei Gatow ertrunken. Lehmann befand sich mit seiner Frau und Tochter in einem Badelboot. Die Frau konnte, als das Boot kenterte, gerettet werden.



Das zweifarbige Umschlagbild: Lenin auf dem Sowjetkongress 1920. 1. Mai 1917 — Altes und neues Sibirien. Bespannen des Anstellens-Romans: Der Weg nach oben. Aus der 1. Mai-Nummer des WZB.

Vor einigen Tagen nun meldeten die Nachrichtenagenturen, wie gesagt, daß sich das Schiff in der Nordsee befindet und demnächst in Hamburg einlaufen wird. Nach 43 Passagiere, so hieß es, befinden sich im Schiff. Und zwei Tage später kam dann die Meldung, daß das Schiff sich im Hafen von Barcelona befindet und die argentinische Gesandtschaft teilte mit, daß nunmehr 14 Passagiere noch auf dem Schiff vorhanden sind.

Es bleibt die Frage: Was ist mit den restlichen 29 geschehen? Sind sie auf dem Schiff geblieben, was natürlich bei den unerträglichen Qualen, die diese Menschen auf dem Schiff auszuhalten haben, sehr leicht möglich ist, oder besteht nicht etwa ein Zusammenhang zwischen der Meldung, daß das Schiff sich in der Nordsee in der Nähe von Hamburg befindet und der Meldung der argentinischen Gesandtschaft, daß sich nunmehr 14 Passagiere auf dem Schiff befinden? Ja, es besteht der ernste Verdacht, daß der Kapitän des Schiffes in Danzig oder in Gdingen die 29, die plötzlich verschwunden sind, an die Behörden Pilschubis ausgeliefert hat.

Die gesamte Arbeiteröffentlichkeit muß sich für diesen Fall interessieren, muß Regenschärfe fordern über das Schicksal der 29 Verschwundenen und verlangen, daß dem Skandal mit dem „Verbrecherschiff“ ein Ende gemacht wird.

Der Segen des Meeres wird geborgen

Ein Bild von der Arbeit auf einem Heringsdampfer, der bei Island auf Fang ausgefahren ist; die Heringe sind mit dem riesigen Schlepptnetz eingefangen und auf Deck ausgeschüttet worden. Hier werden sie nun entweder unausgenommen zwischen Eis gelegt und „grün“ auf dem Fischmarkt verkauft oder sie werden noch auf hoher See ausgenommen, gesalzen und in Tonnen eingepackt.



300 französische Matrosen an Arsenitvergiftung erkrankt

II. Paris, 24. April. Etwa 300 Mitglieder verschiedener französischer Handelsschiffe sind in den letzten Wochen an Arsenitvergiftung erkrankt und mußten zum größten Teil ins Krankenhaus eingeliefert werden. Zwei von ihnen sind bereits ihrer Vergiftung erlegen. Die Polizei von De Haave, die eine genaue Untersuchung eingeleitet hat, hat festgestellt, daß sämtliche Schiffe, auf denen die Vergiftungserkrankungen auftraten, aus Spanien in Frankreich eingetroffen waren. An Bord dieser Schiffe befanden sich Weinläufer, die nicht verzollt worden waren, sondern als Getränk für die Besatzung galten. Eine chemische Untersuchung dieses Weines hat ergeben, daß er hochprozentig arsenithaltig war. Die Sachverständigen erklären diesen hohen Arsenitgehalt dadurch, daß der Wein noch einmal mit Arsenitdünslöff gedüngt worden war, nachdem die Trauben bereits gereift waren. In alle Schiffe auf See wurde sofort auf radiotelegraphischem Wege Anweisung erteilt, den Genuß von Wein einzustellen.

Ein spanischer Dampfer gestrandet

Zehn Personen vermisst

London, 24. April. Der spanische Fährdampfer „Upiamena“ ist in der Nähe der Küste von Pembroschire auf einen Felsen aufgelaufen und sofort gesunken. Nur zwei Mann der Besatzung konnten gerettet werden. Zehn Personen werden vermisst und sind höchstwahrscheinlich ertrunken.

Acht Tote bei einem Erdbeben

W a r m e t, 25. April. Infolge eines Dammbrechens kam es zu einem Erdbeben, durch den fünf Personen erdrückt, drei von großen Erdmassen verstümmelt und sieben verletzt wurden.

Totschlag im Irrensin

Wien, 25. April. In einem Totschlagsfall, der anscheinend auf Malaria-Erkrankung zurückzuführen ist, hat der Fuhrwerksführer Fritz Vogt aus Raasdorf die Witwe Elisabeth Kielemetter als Neben in ihrer Wohnung in Gegenwart ihrer drei Kinder mit einem Küchenmesser niedergeschlagen. Frau Kielemetter verstarb kurze Zeit darauf. Vogt wurde in eine Irrenanstalt überführt.

Einiges Wissenwertes

Der erste Kompaß wird bereits im Jahre 265 vor unserer Zeitrechnung erwähnt. Er war chinesischer Ursprungs und wurde „Ting-nan-thing“ genannt, das heißt „Das Ding, das südwärts zeigt“. Den Europäern, die nach dem Osten kamen, erschien das Instrument als etwas Übernatürliches, und jahrhundertlang glaubten sie gleich den Chinesen selbst, daß es durch einen Geist bewegt werde.

Die Dahlien, Kuckhnen und Begonien sind nach den Botanikern Dahl, Frägs und Begon genannt.

Das Wachstum der Mädchen kommt meistens im Alter von sechzehn Jahren zum Stillstand, während Knaben bis zu 21 Jahren, ja oft sogar bis zu vier- oder fünfundsiebzig Jahren wachsen.

Ein junger Vogel braucht täglich mindestens die Hälfte seines eigenen Körpergewichtes als Nahrung.

Die erste drahtlose telegraphische Verbindung über größere Entfernungen fand vor 33 Jahren statt.

Vor 25 Jahren wurde die erste drahtlose telephonische Verbindung vom Laboratorium der Telefunken-Gesellschaft, Berlin, Tempelhofer Ufer, nach Nauen (Entfernung 40 Kilometer) mit Lichtbogenlampen nach Schapita und Empfänger mit Kristalldetektor vorgenommen.

Ein Schulfeld mißbraucht

Wien, 25. April. Die Gendarmerie in Buchberg bei Neis hat einen großen Sittlichkeitskandal aufgedeckt. Sie verhaftete einen verheirateten Mann und zwei Burischen, Söhne angesehenen Wirtschaftsbefehliger, die sich seit längerer Zeit an einem schulpflichtigen Mädchen aus geschlechtlich verengter Liebe. Das Mädchen war während dieser Zeit auch schwanger und die Unthode nahmen an dem unehelichen Kind selbst eine Fruchtabtreibung vor. Alle drei verhafteten wurden dem Wiener Kreisgericht eingeliefert. Die Wärfre eregte großes Aufsehen.

Vier Arbeiter von einer Granate getötet

W r ü s s e l, 25. April. In der weißrussischen Erbschaft St. Julien bei Rangenmark wurden vier Arbeiter, die mit dem Einsammeln von Granaten aus der Kriegszeit beschäftigt waren, durch die Explosion eines Mindegranäters getötet. Die Explosion war so gewaltig, daß alle vier Arbeiter in Stücke gerissen wurden.

Eine neue Filmfindung

Wahenaufnahmen sind beim Film bekanntlich recht kostspielige Angelegenheiten. Um sie überflüssig zu machen, hat man in amerikanischen Studios jetzt Versuche mit einer neuartigen Methode angestellt, die als „lebende Kullfilm“ bezeichnet wird. Ganz anders als bei dem gewöhnlichen Film, dessen Fenster auf eine Leinwand hinaussehen, so ist es heute mit dieser Methode nicht mehr nötig, tatsächlich in einem Hause zu filmen, dessen Umgebung die erforderliche Leinwand aufweist, sondern man spannt im Atelier vor den Fensterahmen eine Leinwand, auf die man einen Leinwandfilm projiziert.

Ein Kind zu Tode gequält

Wien, 25. April. Der Gürtler August Fißl in Haselbach bei Wien wurde überführt, sein einjähriges Stiefkind auf bestialische Weise zu Tode gemartert zu haben. Die Leiche des Kindes, die obduziert wurde, wies gräßliche Verletzungen auf. Der Arzt stellte mehrere Arms- und Rippenbrüche und Knochensplitter im Unterleib fest. Das Kind starb erst nach tagelangen Qualen. Fißl gestand, daß er das Kind zu Tode gequält hat. Er wurde verhaftet.

Mord in einem Strafhaus

Wien, 25. April. Gestern nacht wurde in der hiesigen Strafanstalt der Gefangenführer Johann Siska von dem wegen Raubes und Mordes verurteilten 15 Jahren verurteilten Verbrecher Sibala meuchlings ermordet.

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin.

1. Mai-Kampf ist Verteidigung der Sowjetunion!

Schmiedet die rote Einheitsfront gegen die neue kapitalistische Hungeroffensive und gegen die imperialistischen Kriegstreiber

Der Kollektivvertrag in der Sowjetunion

und seine Hauptaufgaben im letzten Jahr des Fünfjahresplans

Der Kollektivvertrag in der Sowjetunion stellt - formell betrachtet - einen Vertrag zwischen der Verwaltung und der Belegschaft eines Betriebes dar. Im Namen der Belegschaft wird er durch den Betriebsrat abgeschlossen.

Dem Inhalt nach unterscheidet sich jedoch der Kollektivvertrag grundlegend von dem Tarifvertrag, den in den kapitalistischen Ländern die Vertreter der Arbeiter mit den Arbeitgebern abschließen.

Der Tarifvertrag im kapitalistischen Lande ist ein Produkt des kämpfenden erbitterten Klassenkampfes. Er wird abgeschlossen zwischen zwei feindlichen Parteien, von denen die eine Seite bemüht ist, sich möglichst hohe Positionen im Klassenkampf zu erringen, während die andere demnach kämpft, möglichst wenig Zugeständnisse zu machen.

Je nach der Stärke der jeweiligen Positionen ändert sich das Gesicht des Tarifvertrages. (In der jetzigen Weltwirtschaftskrise, in der die Kapitalisten häufig Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiterklasse unternehmen, werden die Tarifverträge in immer mehr Ländern praktisch durch „Notverordnungen“ außerordentlich eingeschränkt oder aufgehoben; die Löhne werden auf den Geheiß wegen durch Regierungsbefehl festgesetzt.)

Grundlegend anders ist der Inhalt des Kollektivvertrages in der Sowjetunion. Durch die Oktoberrevolution wurde die Arbeiterklasse zum Herrn der Betriebe. In ihren Händen liegt die Verantwortung für die Produktion.

Hier ist also der Kollektivvertrag nicht ein Vertrag zwischen zwei feindlichen Parteien, sondern ein Kampfplan beim Aufbau des Sozialismus.

Die für obliegenden Parteien arbeiten alle an dem gleichen Ziel: an der Erfüllung des Produktions- und Finanzplans, am Aufbau des Sozialismus.

Im großen Jüden gefaßt, befaßt sich der Kollektivvertrag in der Sowjetunion mit folgenden Aufgaben:

In bezug auf die Produktion:

1. Mit den Maßnahmen zur Erfüllung und Überholung des Produktions- und Finanzplanes.
2. Mit den Maßnahmen für die Hebung der Produktivität der Arbeit.
3. Mit den Maßnahmen zur Senkung der Selbstkosten.
4. Hebung der Qualität der Produktion.
5. Hebung der Qualifikation der Arbeiter und Vorbereitung der neuen Arbeiter.

In bezug auf die Hebung der Lebenslage des Arbeiters:

1. Steigerung des Lohnes.
2. Bau von neuen Wohnungen.
3. Maßnahmen zur Schaffung von sozialen, kulturellen und hygienischen Einrichtungen (Speisehallen, Waschanstalten, Klubs, Sanatorien, Badanstalten usw.).

Die Verwaltung verpflichtet sich die Produktion richtig zu leiten, eine entsprechende technische Anleitung zu sichern, den Betrieb rechtzeitig mit Rohstoffen, Brennstoffen, Werkzeugen, Maschinen usw. zu versorgen, keinen Stillstand der Maschinen zuzulassen, bestimmte Summen für den Arbeitslohn und die Betriebsicherheit, den Bau von Wohnungen, Klubs usw. zu vermerken und mitzulassen, die Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zu verbessern.

Die Arbeiter verpflichten sich, die Produktivität der Arbeit zu heben durch breite Anwendung der sozialistischen Arbeitsformen: sozialistischen Wettbewerb und Stoppbeweis, eine gelinde Arbeitsdisziplin herzustellen, gegen Arbeitsverweigerung aufzukämpfen. Ferner verpflichten sich die Arbeiter, die Selbstkosten zu senken durch sparsame Verwendung von Roh- und Brennmaterial, durch sorgfältige Behandlung der Maschinen und Werkzeuge und durch Rationalisierungsvorschläge, die in den Produktionsberatungen besprochen werden.

Im kapitalistischen Lande sind die Arbeiter an der Steigerung der Produktivität, der Senkung der Selbstkosten usw.

nicht interessiert. Sie wissen, daß steigende Arbeitsproduktivität nur die Erwerbslosigkeit ver mehrt. Darum finden diese Fragen auch keine Berücksichtigung im Tarifvertrag.

In der Sowjetunion arbeiten die Arbeiter für sich selbst. Die materiellen Interessen des einzelnen sind unlosbar verbunden mit den allgemeinen Produktionsinteressen. Im dem Maße, wie der Aufbau und die Erweiterung der Volkswirtschaft vorwärts schreitet, hebt sich auch die materielle Lebenshaltung des einzelnen.

Die Aufgaben für das Jahr 1932

Die wichtigste Aufgabe, die im Kollektivvertrag des Jahres 1932 enthalten ist, ist die Durchführung der 6 Anweisungen des Genossen Stalin, die er auf der Konferenz der Wirtschaftseiter im Juli 1931 gab. Diese 6 Anweisungen des Genossen Stalin enthalten alle die Maßnahmen, die die reifste Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes garantieren.

Diese 6 Anweisungen des Genossen Stalin fanden im

Kollektivvertrag 1932 für jede Fabrik ihren ganz konkreten Ausdruck.

Das bisher Gesagte bezog sich auf den Inhalt des Kollektivvertrages in der Sowjetunion.

Aber nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form des Abschlusses unterscheidet sich grundlegend von der des Tarifvertrages in den kapitalistischen Ländern.

Im kapitalistischen Land ist der Abschluß des Tarifvertrages ein Kampf, wobei es letzten Endes darauf hinauskommt, daß eine Gewerkschaftsdelegation die Interessen der Arbeiterschaft zugunsten der Interessen der Kapitalisten vertritt.

In der Sowjetunion ist der Abschluß des Kollektivvertrages eine Kampagne unter aktiver Beteiligung der gesamten Arbeiterschaft. Die Arbeiter machen Tausende und aber Tausende von Vorschlägen für die Aufstellung des Kollektivvertrages. Die beiderseitigen Verpflichtungen, die der Kollektivvertrag enthält, werden in den Versammlungen der Arbeitervereinigungen durchdiskutiert und festgelegt.

Die Zeitungen sind voll von Berichten solcher Versammlungen, um so die Erfahrungen und Verpflichtungen mit den anderen Fabriken auszutauschen.

Die Arbeiterschaft und die Administration betrachten den Kollektivvertrag als ein wichtiges Mittel ihrer beiderseitigen Zusammenarbeit am sozialistischen Aufbau der Sowjetunion und der Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft.

Provinziallandtag soll den Klassenetat einpeitschen

Nur die Kommunisten kämpfen gegen die faschistische Einheitsfront von Harnack bis zu den Nazis

Parlamente sind nur noch Karapuzen für die herrschende Bourgeoisie. Ob Reichstag, Landtag oder Provinziallandtag, monatelang werden sie ausgefaltet. Am 27. dieses Monats tagt wiederum der Provinziallandtag für den Regierungsbezirk Merseburg. Die Bourgeoisie und Sozialdemokratie will ihren Klientel einseitigen Parte Befahrungen der wertvollen Massen stehen auf der Tagesordnung, trotz der geringen Erwerbslosigkeit und Ausrüstung.

Zur Behebung der Not und des Elends von Hunderttausenden von Einwohnern des Regierungsbezirkes wird von Seiten

der revolutionäre Ausweg, der von der Kommunistischen Partei aufgesetzt wird, führt zum Ziel der Schließung.

Die kommunistische Fraktion wird bei dieser Provinziallandtags-Tagung erneut Anträge für die Erwerbslosen, Kleinrentner, Invaliden, Kriegshinterbliebenen usw. einbringen und dafür Sorge tragen, daß durch außerparlamentarische Aktionen die wertvollen Massen ihre Verbundenheit mit dem Kampf der Kommunistischen Partei bezeugen, der Antifaschistenfront aller Unterdrückten und Ausgebeuteten. Im Rahmen des Arbeiterschaffungsprogrammes der KPD sind Anträge gestellt, die die Möglichkeiten zeigen, in welcher Weise Tausende von Arbeitern unter tariflicher Beschäftigung produktive Arbeit leisten können, und wo gleichzeitig aufgeweigt wird, wie die finanziellen Mittel dafür anzuschaffen sind.

In diesem Jahre will die preussische Regierung von den Hunderten von Millionen, die durch die Hauszinssteuer entnommen, nur 50 Millionen für den Bau von neuen Häusern einlegen.

Die Wohnungsnot der Arbeiterschaft ist eine Katastrophe, wie das aus den Bildern hervorgeht, die wir im Rahmen dieses Artikels veröffentlichten und eine Arbeiterwohnung in Bitterfeld zeigen.

Während die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Satelliten in Villen und 5 bis 20-Zimmer-Wohnungen leben, sind Hunderttausende von Arbeiterfamilien in 1 bis 2-Zimmer-Wohnungen zusammengedrängt. Die Folge ist, daß bei der allgemeinen Unterernährung der Eltern und Kinder abendliche Krankheiten den härtesten Nahrungsmitteln in den Wohnungszimmern finden. Ungeheuer nimmt die Lungentuberkulose usw. zu. Jedoch sparen die Behörden des kapitalistischen Staates immer mehr an den geringen Summen ein, die ausgeworfen wurden zur Bekämpfung von Krankheiten, Kinder- und Säuglingspflege.

Gegen diese sozialreaktionäre Politik wird in entscheidender Weise die kommunistische Fraktion bei der kommenden Provinziallandtags-Tagung Front machen und über den Weg dieses Parlamentes die Mobilisation der wertvollen Massen in verdächtigster Weise fortzuführen. Aufgabe aller Klassenbewußten Gewerkschafter ist, die Anträge und das Manifest der kommunistischen Fraktion des Provinziallandtages auszumerten in den Kommunen.

Formiert die rote Einheitsfront - kämpft für rote Kommunen!



Das feuchte und vermehrte Wohnungsloch des kommunistischen Stadtverordneten Burtzhardt in Bitterfeld.

der Vertreter der bürgerlichen Parteien und von der Sozialdemokratie keine politische Arbeit geleistet. Alle ihre Versprechungen sind nur Täuschungsmittel. Das steht eindeutig fest nach den Erfahrungen ihrer Politik, die sie in der Vergangenheit im Provinziallandtag ausübten oder von ihren Parteifreunden in den Landtagen und im Reichstag geleistet wird.

Niemals wird über den Weg des Parlamentes im kapitalistischen Staatssystem eine Veränderung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten, sondern nur

Organisiert den Massenvertrieb der roten Maizeitung des „Klassenkampf“ und „Roten Echo“ - Werbt neue Abonnenten

Man muß es einmal offen sagen:

Es ist ein Trugschluß, zu glauben, daß Gutscheine, Wertmarken oder Stickerien verschenkt werden können. Zugaben müssen einkalkuliert werden, darüber soll man sich im klaren sein.

Unsere gute JUNO

mit derartigen Zugaben zu versehen, lehnen wir daher im Interesse aller unserer Freunde ab.



Der Kenner verlangt nur - und das mit Recht: Höchste Qualität! und volles Format!



An unsere Arbeiterkorrespondenten!

Ihr habt entsprechend den Anregungen, die wir euch gegeben haben, mit einer Menge von sehr guten Berichten unsere Kampagne zur Broschürenarbeit unterstützt. Ihr habt mit dazu beigetragen, unsere Zeitung noch stärker als bisher zu einer Zeitung zu machen, die wirklich von den Arbeitern selbst geschrieben wird und deren Stimmungen widerpiegelt. Wir danken euch für eure Mitarbeit.

Besser war es technisch nicht möglich, all die vielen Berichte, die ihr uns schickt, zu veröffentlichen. Es liegen uns von den letzten 14 Tagen noch mehr als 80 Berichte vor, für die wir keinen Platz hatten, trotzdem auch sie wertvoll wären, der Arbeiteröffentlichkeit übergeben zu werden. Aber auch diese Berichte habt ihr nicht unbenutzt gelassen. Wenn wir sie auch nicht abdrucken konnten, so haben sie doch der Redaktion selbst und der Bezirksleitung ein lebendiges Bild gegeben von den Ereignissen, die sich draußen im Bezirk abspielen, und auch damit, Genossen, habt ihr eine wichtige Aufgabe erfüllt.

Wir bitten auch, auch weiterhin so fleißig Berichte zu schicken wie in den letzten 14 Tagen. Es kommt jetzt darauf an, die Veröffentlichung des schließlichen Kurzes, die ja bereits angekündigt ist und die sich ohne Zweifel bereits in den nächsten Wochen in den Gemeinden auswirken wird, rechtzeitig zu signalisieren und jede kleinste Verschlechterung aufzuheben. Darüberhinaus besteht jetzt eure wichtigste Aufgabe darin, über jede feinste Bewegung des Widerstandes gegen die weiteren Angriffe der Bourgeoisie rasch und ausführlich zu berichten. Aus dem Betrieb, vom Gut, von der Stempelstelle, aus dem Dorf.

Genossen, nehmt auch ein Wort mit in den Betriebsberichten, die wir in den letzten Wochen veröffentlichten konnten. So, wie besonders am Sonnabend von der Domäne Wendefürst berichtet ritten die Belegschaft auf und schloßen dem „Klassenkampf“ Einzug in die Betriebe.

Richtet weiter eure größtes Augenmerk auf Kriegsproduktion und Transport von Kriegsmaterial. Die Bourgeoisie verliert immer mehr,

Klassenkampf - Werbewochen

Werbearbeit ist Pflichtarbeit

Jedes Parteimitglied beteiligt sich daran

Ihre Kriegsrüstungen zu verschleiern. Hier ist es unsere Aufgabe, diesen Schleier zu lüften und die Arbeiterchaft von jeder Herstellung und von jedem Transport von Kriegsmaterial zu unterrichten.

Also, Genossen, mit neuem Eifer an die Arbeit! Ihr seid verantwortlich für den Erfolg unserer Zeitung. Sagt weiter, daß sie noch besser wie bisher dem Leben der Arbeiterklasse widerpiegelt und gleichzeitig ein stärker mobilisierendes Faktor für die bevorstehenden Kämpfe wird. Redaktion „Klassenkampf“.

So darf nicht gearbeitet werden!

Unterstützt den Anzeigekampf der Roten Hilfe! Es wehren sich die Anzeigen aus dem Bezirk Halle-Merseburg, daß der schwere Kampf, den die Rote Hilfe um die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen führt, von verschiedenen Ortsgruppenleitungen der Partei, zum Teil sogar von Unterbezirksleitungen, gekennnt wird. Die Arbeit der Roten Hilfe ist nicht nur eine finanzielle Sammlung, sondern politische Arbeit von allergrößter Bedeutung für die weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung.

Unter diesen Umständen sehen wir uns veranlaßt, an einem konkreten Beispiel zu zeigen, daß eine energische Kurschwächung bei einer Reihe von Genossen notwendig ist, um die Arbeit der Roten Hilfe zu unterstützen.

In Bitterfeld sind seit 3 Wochen Vorbereitungen getroffen worden von Seiten der Roten-Hilfe-Ortsgruppe, für die Arbeiter des Ortsheimwerkes eine Delegationsversammlung einzuberufen. Die Unterbezirksleitung und die Ortsgruppenleitung der Partei war nicht nur informiert, sondern auch vollst. einverstanden, daß diese Versammlung am Freitag, dem 22. April, stattfinden sollte. Wichtig in letzter Minute, kommt die Ortsgruppenleitung der Partei und legt zur selben Stunde und am gleichen Tage eine große öffentliche Waffensammlung fest. Als die Ortsgruppenleitung der Roten Hilfe Beschwerde führte, antwortet der Vertreter der Partei, daß die Waffensammlung nur die Partei hören wollten. Es wäre vielleicht möglich gewesen, diese Angelegenheit in Verbindung mit den betr. Funktionären zu besprechen, die Vorkommnisse in der letzten Zeit aber bemerken, daß die Parteileitung in Bitterfeld in aller Deutlichkeit einmal darauf aufmerksam gemacht werden muß, daß sie ihre Stellungnahme zur Roten Hilfe gründlich revidieren muß.

Wir betonen, daß andere Beispiele aus anderen Ortsgruppen gegeben werden könnten, die in gleicher Linie liegen. Wir wollen heute an diesem Beispiel jedoch nur aufmerksam machen, daß die Parteileitungen größere Verantwortlichkeit gegenüber den revolutionären Massenorganisationen an den Tag zu legen haben.

Junker beutet Kleinbauern aus

(Kleinbauern-Korrespondent) Dells-Görsen. Der Rittergutsbesitzer von Richteer verkaufte im Herbst an einen Kleinbauern ein einjähriges Pferd an. Richteier forderte dafür schon den unverschämten Preis von 20 Mark pro Morgen, während normalerweise der Morgen Rübentrut nicht mehr als 10 Mark selten darf. Der Kleinbauer war aber auf das Junker angewiesen und mußte in den Preis einwilligen. Er war aber nicht in der Lage, die Rechnung sofort bar zu bezahlen. Mehrmals hielt der Junker den Kleinbauern auf der Straße an und machte ihn öffentlich. Er ging sogar in sein Haus und verlangte das Geld von der Frau.

Der Kleinbauer verlor, die Rechnung zu bezahlen, wenn er dazu in der Lage ist. Jetzt verurteilt dieser Kleinbauer seine Wirtschaft, um im Osten eine Betriebsstelle zu übernehmen. Prompt schickte so Richteier eine Rechnung zum Notar. Aber jetzt stand auf einmal auf der Rechnung: Zwei Morgen Rübentrut à 30 Mark = 60 Mark. In der Wirtschaft hat der Kleinbauer, wie er auf Grund der ersten Rechnung nachweisen kann, nur insgesamt 30 Mark zu bezahlen. So verliert ein Junker mit allen Drumdrücker und sogar mit betrügerischen Maßnahmen das letzte aus einem verelendeten Kleinbauern herauszuschleusen. Das fleißige Arbeiterblatt wird die Bauern von den großgrundigen Schmarokern befreien.

Leerer Protest der Gemeindevorsteher

Organisiert den Kampf von unten gegen Einsparungen und Belastungen

Der Verband preussischer Landgemeinden, Provinzialverband Sachsen, protestiert in einem Rundschreiben gegen die geplante Erhöhung der Provinzialumlage für das kommende Rechnungsjahr. Es heißt in diesem Rundschreiben:

„Es geht fast, daß die Mehrzahl der Landgemeinden schon jetzt auf das schwerste von der wirtschaftlichen Notlage bedrückt wird und daß viele von ihnen überhaupt nicht in der Lage sind, den eigenen Haushalt auszugleichen. Eine weitere Belastung der finanzschwachen ländlichen Einwohnerchaft ist unter gar keinen Umständen mehr verträglich. Die Gemeindevorsteher der Provinz haben bisher in zäher, aufopfernder Arbeit den Kampf geführt.“

Kampfmai 1932

Kampf für die Aufrechterhaltung der ländlichen Selbstverwaltung geführt und auch unter schwierigsten Verhältnissen mit ernstem Willen unpopuläre Maßnahmen im Interesse des Volksganzen hochlich ausgeführt.“

„In solchen unpopulären Maßnahmen“ fordert auch der Provinzialverband jetzt wieder auf, wenn er in seinem Rundschreiben die Bilanzierung des Etats durch noch weitergehende

„Einsparungen verlangt. Die Tätigkeit der Gemeindevorsteher ist in dem oben zitierten Satz sehr gut gekennzeichnet, nur muß man wissen, daß das „Volksganze“ in dessen Interesse die unpopulären Maßnahmen mit ernstem Willen durchgeführt werden, die Gesundheit der Kapitalisten ist, die ihren Profit retten wollen.“

Dieser Protest des Landgemeindevorstandes bedeutet, keineswegs eine Aktion im Interesse der Werktätigen. Er ist lediglich der Versuch, die Schwere der Lage, die bei der Durchführung der Forderungen der Kapitalisten entfallen, von einer Anliege auf eine andere abzuwälzen. Die Gemeindevorsteher spielen am Rande den Druck von unten, den beginnenden Widerstand, den die Werktätigen auch auf dem Lande den wachsenden Belastungen entgegenzusetzen, und sind deswegen befreit, diesem Druck auszuweichen, indem sie der nachdrücklichen Instanz, dem Provinzialverband, den Weg des geringeren Widerstandes, das heißt den Weg von Einsparungen auf Kosten der Armeren an Stelle von neuen Belastungen empfehlen.

Für die Werktätigen, die Landarbeiter, die Erwerbslosen, die Rentner, die Kleinbauern gibt es nur einen Weg: Sie dürfen sich nicht einschließen lassen durch solche leere Proteste, sie müssen ihren Widerstand von unten leiten, sie dürfen es nicht zulassen, daß die Kapitalisten ihre geplanten Einsparungen und Einsparungen durchführen können. Sie müssen ihre Kräfte netzeln, Forderungen stellen auf Kosten des Profits der Unternehmer.

Ein wichtiger Aufstuf zur Steigerung dieses Massenwiderstandes muß der Aufruf am 1. Mai werden.

Renegaten landen über die Clappe der SPD demnächst bei dem Hitler-Faschismus

M. A. Weisenfels. Im Gedächtnis der Weisenfels Arbeiterchaft wird der Name Horat (Karo) noch vorhanden sein, jener Horat, der vor einigen Jahren aus der Kommunistischen Partei austrat, weil er von der Partei den langwierigen Posten nicht bekam, der in der Sportabteilung eine schmutzige Rolle spielte. Er wurde damals Mitglied der SPD in der Erwartung, dort ein Plätzchen zu ergattern. Da dies nach jahrelangem Warten nicht in Erfüllung ging, mußte der Versuch gemacht werden, mit der schmutzigen Methode nachzugehen.

Er hätte es zwar verstanden, eine Reihe von Funktionen in der SPD haben zu spielen, die aber nicht besprochen, noch ersehnte. So war er Vorstandsmitglied der SPD, Vorsitzender des Arbeiter-Zimmerens (Bundestraße), Berichterstatter der SPD-Kreistagsrat, weiter hatte er auch die Aussicht, den Posten als Parteileiter für den in nächster Zeit abgehenden Saupé zu bekommen. Aber Horat war sehr auf einen ruhigen, einträglichen Posten. Er hatte es abgesehen, Hauptassistent beim Zentralverband der Schuhmacher, Jahressche Weisenfels, zu werden. Es wird die Weisenfels Arbeiterchaft interessieren, mit welchen Methoden er dieses Ziel erreichen wollte.

Beim Hauptposten des Zentralverbandes der Schuhmacher in

Münsterberg ging ein Schreiben von Weisenfels ein, in welchem mitgeteilt wurde, daß der jetzige Hauptassistent der Jahressche Weisenfels, Kubitzky (Schmiedsack), abgelöst werden müßte, weil er Unterfertigung gemacht hätte. Als Kubitzky wurde in diesem Brief vorgeschlagen, Horat. Die Unterfertigung dieses Briefes war gefällig. Es stellte sich nun heraus, daß Horat der Briefschreiber war. Er hat den Brief geschrieben, er hat sich selbst vorgelesen und benutzte eine falsche Namensunterschrift.

Horat ist im Weg gegangen, den wir vorausgesetzt haben. Mit den dreifachen Methoden mußte er es versuchen, Sonst zu werden. Wie wir erfahren, soll er, weil er nicht länger zu halten war, auf Grund der Rebellion der SPD-Arbeiter, aus der SPD ausgeschlossen sein. Wo wird Karo nun landen? Sicher bei den Hitler-Faschisten!

Renegaten landen bei der SPD...

Wie der Renegat Chemnitz gegen die KPD kämpft

M. A. Roßig. Als Chemnitz noch Kommunist war, konnte er in seiner Wahlversammlung predigen. Er hatte Angst vor seiner eigenen Unrichtigkeit. Seit dieser Zeit hat er sich mehr gebildet. Bald kam er nach Chemnitz, wo er nicht bleiben, sonst würde ihm die Regierung wegen der Schule auf den Kopf geflogen. Er suchte Schutz bei der SPD, und der Landrat Stamm er mußte selbst für ihn ein Aufnahmegeheim bei der Ortsgruppe Roßig der SPD unterfertigen. Die SPD unterfertigen. Die Finanzen zum Schutz wurden daraufhin stillgestellt gemacht.

Jetzt konnte Chemnitz auf einmal reden. Bei der Präsidentenwahl ging er los als Wahl- und Wiederer, ein starker Vorkämpfer für Hindenburg. Aber den Kommunisten verbietet er alle Mitglieder. Als Kommissar hat er die Bürgersteuer um 150 Prozent erhöht.

Die größte Gemeindefeinde verbrachten er und seine SPD am 9. April. An diesem Tage sollte eine Versammlung der SPD in Roßig in der „Grünen Tanne“ stattfinden. Am Nachmittag wurden kleine gelbe Zettel verteilt mit dem Aufdruck: „Die SPD-Versammlung wird am 9. heute aus.“ Das gelbe Papier waren perfidiously Einladungssettel von der SPD für eine Versammlung am 6. April in der Gemeindefeinde. Mit solchen Methoden arbeiten die Deute gegen die revolutionäre Arbeiterchaft.

Der Weg der Horat und Chemnitz ist der Weg aller Renegaten, aller deren, die von der Partei revolutionären Sinne der Kommunistischen Partei abgewandert sind, um irgendwas an einer gutbetriebligen der Kapitalisten zu treffen. Sie landen bei der SPD und sind auch dort mit den gemeinsten Mitteln befreit, ihre Profiteure zu halten. Ihnen gehört die Verachtung jedes ehrlichen Arbeiters.

Referentenvermittlung zum 1. Mai!

An diesem Tage werden in allen Orten große Aufmärsche und Kundgebungen durchgeführt. Unser Wort richtet sich an die Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen, an die Erwerbslosen, Landarbeiter und Kleinbauern, an die Angestellten und kleinen Beamten. In jedem Ort eine wichtige Kampfundgebung - diese Aufgabe muß unbedingt gelöst werden.

Zur Vermeidung jeglicher Schwierigkeiten werden alle Ortsgruppen ersucht, sofort bei den Unterbezirksleitungen ihre Kundgebungen anzumelden, damit in Verbindung mit der BL eine geeignete Referentenvermittlung durchgeführt werden kann.

Die UB-Leitungen werden aufgefordert, sofort die Bezirksleitung zu informieren. Sekretariat

Weitere Wahlergebnisse aus dem Bezirk

Geläuterung der nachfolgenden Tabelle:

Die Vergleichswahlen, die eingeklammert sind, geben das Stimmenergebnis von der Reichstagswahl 1930 an.

Bismarck: SPD 790 (670), Dnat. 123 (117), Zentr. 22 (15), KPD 731 (642), Rp. 65 (155), Nat. Fr. 25 (247), St.-P. 54 (60), Nazi 772 (191).

Holzwickig: SPD 959 (1140), Dnat. 870 (208), Zentr. 178 (133), KPD 1811 (1453), Rp. 55 (90), Nat. Fr. 121 (266), St.-P. 50 (151), Nazi 701 (533).

Jelenow: SPD 51 (62), Dnat. 9 (9), Zentr. 1 (-), KPD 24 (22), Rp. 2 (3), Nat. Fr. 1 (24), St.-P. 3 (4), Nazi 9 (35).

Klostermannsdorf: SPD 509 (607), Dnat. 148 (187), Zentr. 223 (230), KPD 312 (509), Rp. 63 (136), Nat. Fr. 25 (6), St.-P. 16 (79), Nazi 800 (461).

Köthen: SPD 136 (145), Dnat. 7 (13), KPD 182 (208), Rp. 10 (33), Nat. Fr. 3 (71), St.-P. 6 (16), Nat.-Soz. 192 (63).

Köthen: SPD 171 (166), Dnat. 6 (14), KPD 59 (72), Rp. 4 (7), Nat. Fr. - (86), St.-P. - (9), Nat.-Soz. 154 (44).

Langhammer: SPD 925 (988), Dnat. 179 (82), Zentr. 57 (53), KPD 429 (678), Rp. 73 (431), Nat. Fr. 46 (198), St.-P. 43 (25), Nat.-Soz. 805 (834).

Leinbach: SPD 367 (367), Dnat. 98 (50), Zentr. 67 (78), KPD 666 (481), Rp. 45 (89), Nat. Fr. 21 (13), St.-P. 7 (39), Nat.-Soz. 651 (326).

Leuna: SPD 1425 (1588), Dnat. 175 (221), Zentr. 176 (177), KPD 521 (653), Rp. 186 (421), Nat. Fr. 11 (106), St.-P. 145 (141), Nat.-Soz. 1648 (584), St.-P. 10 (-).

Mansfeld: SPD 638 (689), KPD 638 (830), Rp. 675 (1687), Nat. Fr. 616 (3235), St.-P. 454 (1073), Nat.-Soz. 13 124 (7164), St.-P. 45 (-).

Mansfeld, Seetreise: SPD 9202, Dnat. 3582, Zentr. 1550, KPD 12 151, Rp. 656, Nat. Fr. 816, St.-P. 284, Nat.-Soz. 17 143, St.-P. 22.

Motzke: SPD 26, Dnat. 26, Zentr. 1, KPD 33, Rp. 2, St.-P. 2, Nat.-Soz. 199, SpL 29.

Mühlberg: SPD 304 (594), Dnat. 580 (519), KPD 44 (166), KPD 829 (1240), Rp. 84 (170), Nat. Fr. 73 (261), St.-P. 93 (165), Nat.-Soz. 1014 (523).

Mühlberg: SPD 127 (174), Dnat. 83 (116), Zentr. 4 (9), KPD 638 (711), Rp. 68 (170), Nat. Fr. 15 (170), St.-P. 32 (86), Nat.-Soz. 944 (453).

Namberg: SPD 2843 (3150), Dnat. 3018 (3485), Zentr. 259 (268), KPD 1789 (2263), Rp. 446 (1131), Nat. Fr. 130 (1887), St.-P. 251 (447), Nat.-Soz. 8518 (5903), St.-P. 62 (-).

Nettitz: SPD 79, Dnat. 49, Zentr. 2, KPD 97, Rp. 40, Nat. Fr. 3, St.-P. 35, Nat.-Soz. 542.

Neuzeritz: SPD 345 (398), Dnat. 281 (261), Zentr. 60 (42), KPD 1043 (1133), Rp. 80 (293), Nat. Fr. 39 (231), St.-P. 170 (177), Nat.-Soz. 1618 (863).

Niedwitz: SPD 49 (22), Dnat. 6 (1), KPD 10 (22), Rp. - (11), Nat. Fr. - (24), St.-P. - (1), Nat.-Soz. 40 (66), St.-P. 1 (-).

Quandenberg: SPD 290 (339), Dnat. 23 (91), Zentr. 223 (263), KPD 973 (1038), Rp. 34 (147), Nat. Fr. 34 (183), St.-P. 15 (41), Nat.-Soz. 598 (264).

Schiffau: SPD 409 (367), Dnat. 62 (37), Zentr. 5 (8), KPD 156 (167), Rp. 21 (63), Nat. Fr. 12 (70), St.-P. 19 (50), Nat.-Soz. 78 (486).

Schwenditz: SPD 2233, Dnat. 159, Zentr. 107, KPD 1899, Rp. 109, Nat. Fr. 50, St.-P. 88, Nat.-Soz. 2704, St.-P. 127.

Schöppan: SPD 82 (48), Dnat. 100 (105), Zentr. - (2), KPD 129 (122), Rp. 7 (25), Nat. Fr. 5 (25), St.-P. 10 (7), Nat.-Soz. 150 (52).

Schöne weiße Zähne

Schon einmaligen Plagen mit der bereits erwähnten lösenden „Oberzahn-Schmalz“, jetzt aus ein neuer. Tube 60 Rp. u. 80 Rp. Versuch überzeuge.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Samstag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: fünf Pfennig monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verleger: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Berghausstr. 14. Tel.: 219 45 (Abt.), 210 47 (Verlag)

Mit der Arbeiterbewegung
Der Rote Stern

Einzelnummer: 15 Pf. für den mm Höhe und Breite; 1 Mk. im Viertel. Postamt: Reichsamt des Reichs für die Post- und Fernverkehrsangelegenheiten, Halle. Postfach: Leipzig 26471 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Berghausstr. 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 26. April 1932

12. Jahrgang Nr. 97

An alle deutschen Arbeiter

**An alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter!
An alle Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften!
An alle sozialdemokratischen Arbeiter!**

Proletarier, Klassenbrüder!

Ein neuer Lohnabbau kehrt dem deutschen Proletariat nach den Wahlen bevor. Sechs bis sieben Millionen Arbeiter stehen vor Tarifbindungen. Millionen Erwerbslosen droht ein neuer Abbau ihrer Hungerunterstützung.

Elend, Hunger und Not der Millionen Kommunisten, Sozialdemokraten, christlicher und parteiloser Arbeiter, gewerkschaftlich organisiert und unorganisiert, ist unerträglich geworden.

Es gibt in Deutschland keine Partei und keine Gewerkschaft, die es wagen könnte, das furchtbare Maßstab von Not, Hunger und Elend zu beugen.

Würde die deutsche Arbeiterschaft auch diesen jetzt bevorstehenden Vorstoß der Unternehmer und ihrer Regierung kampflos hinnehmen, dann würden weitere brutale Angriffe des Unternehmertums folgen, dann wird der schicksalhafte Fehler der Bourgeoisie noch brutale Formen annehmen.

Wie lange noch will das deutsche Proletariat die Unternehmerrangriffe, die arbeitserniedrigende Politik der Brünnings-Sindenburg-Sewering-Regierungen, den Terror der faschistischen Banden dulden?

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter haben die Arbeiter und Angehörigen kämpfend gegen den Lohn- und Unterhaltungsabbau zum Kampf gerufen.

Wir haben ununterbrochen den Kampf gegen kapitalistische Nationalisierung und gegen die Räteordnungen geführt. Wir haben die Berliner Metallarbeiter, die Rumpels an der Ruhr, die See- und Hafenarbeiter an der Wasserfront, die Bauarbeiter und die Landarbeiter zum Kampf gegen den Lohnabbau organisiert. Wir haben den rücksichtslosen Kampf gegen das Streikverbot in den Betrieben geführt und die wehrhafte Abwehr gegen den Räteregime organisiert. Es ist uns bis jetzt nicht gelungen, in diesen Kämpfen die Offensivkraft der Unternehmer entscheidend zurückzuschlagen. Die Führer der ADGB- und christlichen Gewerkschaften haben sich jedesmal gegen die kämpfenden Arbeiter gewandt.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Ihr müßt und könnt euch erfolgreich gegen die Unternehmer wehren!

Unsere Klassenbrüder in Polen und Tschechoslowakei, in Frankreich, Rumänien und England, sogar in dem feinen Bulgarien und Holland haben bewiesen, daß auch in der schärfsten Krise Massenaktionen geführt werden können. In diesen Ländern ist es in einer ganzen Reihe von Fällen in der letzten Zeit den kämpfenden Arbeitern gelungen, ihre Forderungen durchzusetzen oder wenigstens die Vorstöße der Unternehmer zurückzuschlagen. Jetzt haben die tschechischen Bergarbeiter nach heroischem Kampf

den Lohnabbau und die Massenentlassungen erfolgreich zurückgeschlagen.

Und was ist bei uns in Deutschland?

In allen Betrieben greift der Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen an, die Arbeitspreise werden herabgesetzt, der Lohn durch Ausarbeit weiter vermindert, die Löhne der Frauen und Jugendlichen besonders tief gekürzt, die sozialen Zulagen abgebaut, der Urlaub vermindert, der Arbeiterspaß abgebaut, das Arbeitstempo durch Rationalisierungsmaßnahmen verschärft und immer neue Massenentlassungen durchgeführt. Mit dem Abbau der Lohn- und Manteltarife droht ein neuer allseitiger Angriff in den Betrieben; mit der „Reform“ der Erwerbslosen- und Sozialversicherung wollen Staat und Unternehmer die Unterhaltungen und Sozialrenten wieder fester drücken.

Diese Angriffe der Kapitalisten treffen gleichermaßen alle Arbeiter, ob in den freien, christlichen, roten Gewerkschaften oder in der ADGB- oder unorganisiert, ob sozialdemokratisch, christlich, kommunistisch oder politisch unorganisiert.

Diese gemeinsame Not gebietet den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter!

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter schlagen euch vor, gemeinsam mit uns den Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau aufzunehmen. Schließt mit uns die gemeinsame Kampffront gegen die Lohn- und Unterhaltungsabbau, gegen die schicksalhaften Räteordnungen.

Die Führer der SPD und der ADGB-Gewerkschaften erlauben vor den Wahlen, daß sie den neuen Lohn- und Unterhaltungsabbau nicht zulassen werden.

Die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB waren es aber, die auf dem hamburiger Gewerkschaftstags im Jahre 1928 die kapitalistische Rationalisierung begrüßten und ihre Durchführung mit allen Mitteln unterstützen.

Die Führer der Sozialdemokratie- und des ADGB sind es, die im Reichstags

für alle Räteordnungen, für den Lohn-, Unter-

Wir Kommunisten sagen euch:

Die Anfeindung der Führer der Sozialdemokratie und des ADGB über Kampfmaßnahmen gegen den neuen Lohn- und Unterhaltungsabbau war nur ein Waghals über. Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter wenden uns an euch sozialdemokratische Arbeiter und Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften: Ihr müßt in eurem eigenen Interesse die Räte durchbrechen und die Organisierung des Kampfes gegen neuen Lohn- und Unterhaltungsabbau in die eigenen Hände nehmen.

Alle Massenbewußten Betriebsräte und Funktionäre, alle christlichen Mitglieder der Ortsverwaltungen und Zahlkassen des ADGB fordern mit uns, mit uns zusammen den gemeinsamen Kampf der Belegschaften gegen den Lohnabbau zu organisieren. Wir Kommunisten und Mitglieder der ADGB und der roten Gewerkschaften wollen alle Kampfmaßnahmen ergreifen. Wir erklären:

Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen. Wir Kommunisten schlagen euch vor:

Sofort in jedem Betrieb und in jedem Geschäft, auf allen Stempelfellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massenversammlungen der Arbeiter einzuberufen, die drohende Lage zu überprüfen, die gemeinsamen Forderungen der Kommunisten, Kampfausschüsse und Streikleitungen der Kommunisten, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenstreik und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterhaltungsabbau vorzubereiten und durchzuführen.

Arbeiter Deutschlands! Es ist höchste Zeit!

Jetzt nach der Wahl wird der Klassenkampf verjagt, uns alle zu überrumpeln.

Bereinigt euch mit uns und kämpft gegen die kapitalistischen Räuber und gegen die immer frecher auftretenden faschistischen Banden. Wenn wir die Einheitsfront des Kampfes bilden, dann wird der Angriff auf die Löhne und Unterhaltungen an der Kraft der deutschen Arbeiterklasse zerfallen.

Berlin, den 25. April 1932.

Kommunistische Partei Deutschlands
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
Deutschlands

Roter Kampf

Kühner Vorstoß des roten Betriebsrats — Genosse

In der Kantine des Leuna-Werkes wurde am 1. April Paul Lieschke eine Belegschaftsversammlung des Leuna-Proletariats war. Genosse Lieschke behandelte die Frage des Kampfes gegen jeden Lohn- und Unterhaltungsabbau. Er verabschiedete sich darauf von den Delegierten der Leuna-Belegschaft.

Der rote Betriebsrat wurde nach seinem Kühnen bei den Proleten fand, fristlos entlassen und von Leuna einem kräftigen dreifachen „Rot Front“ gleiteten ihn aus der Kantine hinaus.

Die Kampfrede des roten Betriebsrates

Leuna-Kollegen!
Diese Belegschaftsversammlung machte sich unbedingt notwendig. Als roter Betriebsrat schlingt sich

he hiermit und ihre Re gleichzeitig dank. Ich pfeife auf die Arbeitsordnung der Leuna-Könige, denn die Lohnnie ist eine zu deutsche Sprache!

Einem Lohnabbau nach dem anderen haben die Leuna-Könige durchgeführt. Wir müssen hungern, während die anderen, die Ausbeuter Diabenden schlafen. Die Leuna-Könige

Leuna-Hölle!

Belegschaft vor seiner Abreise nach der Sowjetunion

und unerfüllt. Neuer Lohnabbau droht. Der Tarif läßt ab.

Ich fordere als roter Betriebsrat die Kollegen auf, zum Streik zu rufen und den Lohnabbau mit Streik zu beantworten. Wählt überall Kampfausschüsse! Demonstriert am 1. Mai! Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten!

Mit Lohnabbau und Kriegsproduktion wollen sich die Ausbeuter weiter an der Macht halten! Das Leuna-Werk liegt an der Kriegsfront! Leuna produziert Kriegsmaterial! Der Krieg ist bereits im ferneren Osten im Gange. Die Imperialisten bereiten mit allen Mitteln den Krieg gegen die Sowjetunion, das Vaterland der Arbeiterklasse vor!

Von meiner Abteilung bin ich als Delegierter nach der Sowjetunion in Vorschlag gebracht wor-

